

# 31

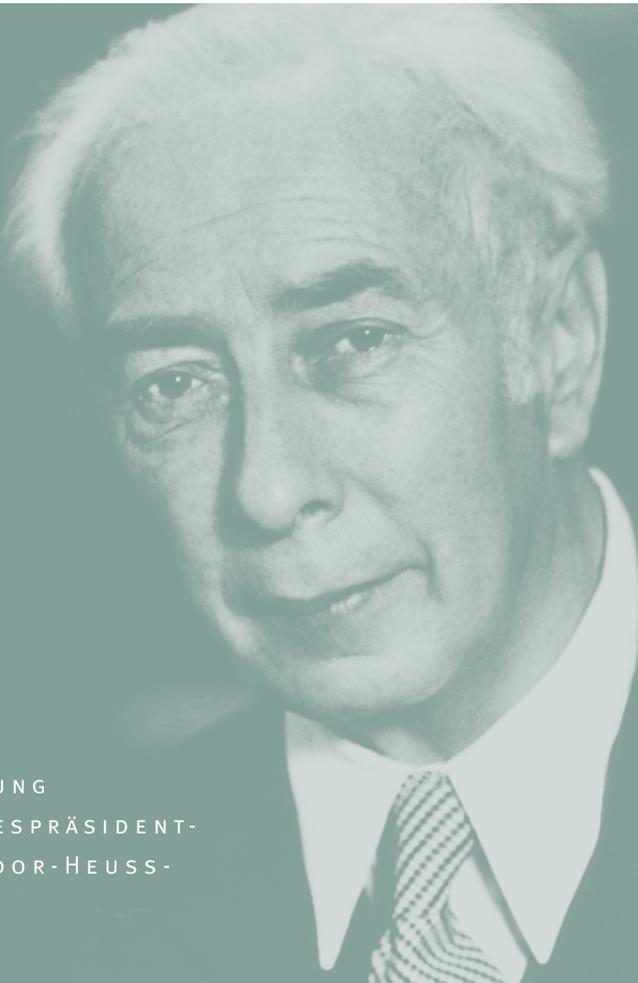
KLEINE REIHE

Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2014

Jutta Allmendinger und Ellen von den Driesch

## Mythen – Fakten – Ansatzpunkte

Dimensionen sozialer Ungleichheit in Europa

A black and white portrait of Theodor Heuss, an elderly man with white hair, wearing a dark suit, white shirt, and patterned tie. He is looking slightly to the left of the camera with a neutral expression. The background is dark and out of focus.

STIFTUNG  
BUNDESPRÄSIDENT-  
THEODOR-HEUSS-  
HAUS

---

## Zur Publikation

---

Die sozialen und ökonomischen Bedingungen sind für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union alles andere als gleich. Sowohl innerhalb eines Landes als auch zwischen den Mitgliedstaaten unterscheiden sich die Lebensbedingungen der Menschen erheblich. Als zentralen Faktor für diese Ungleichheiten stellen die Autorinnen der vorliegenden Studie den ungleichen Zugang zur Bildung heraus. Soziale Herkunft, Alter und Geschlecht bestimmen bis heute den Zugang des Einzelnen zu einer höherwertigen Bildung, die wiederum ausschlaggebend ist für seine Chancen, auf dem Arbeitsmarkt eine gute Beschäftigung mit angemessenem Einkommen zu finden.

Diese Ungleichheit führt nicht nur zu sozialen und ökonomischen Problemen, sondern hat auch gravierende politische Auswirkungen. Gering Qualifizierte werden zunehmend vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen und die Mittelschicht, auf der das politische Modell der westlichen Demokratien maßgeblich aufgebaut ist, erodiert. Jutta Allmendinger und Ellen von den Driesch weisen in ihrer Studie daher auch auf die Dringlichkeit hin, mit der die Politik Ungleichheit entgegenwirken sollte und machen Vorschläge für politische Handlungsmöglichkeiten.

# 31

KLEINE REIHE

Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2014

Jutta Allmendinger und Ellen von den Driesch

## **Mythen – Fakten – Ansatzpunkte**

**Dimensionen sozialer Ungleichheit in Europa**

STIFTUNG  
BUNDESPRÄSIDENT-  
THEODOR-HEUSS-  
HAUS



# Inhalt

1. Soziale Ungleichheiten gefährden die europäische Stabilität .....	7
2. Bildung und Ungleichheit .....	9
2.1 Wie wird Bildung gemessen? .....	10
2.2 Wer bekommt eine Chance: Der Bildungsstand in Europa .....	10
2.3 Zertifikate und Kompetenzen: Stimmen die Messungen überein? .....	12
2.4 Gruppenspezifische Ungleichheiten .....	13
2.5 Zusammenfassung .....	14
3. Beschäftigung und Ungleichheit .....	16
3.1 Der Übergang von der Schule ins Erwerbsleben .....	17
3.2 Beschäftigungsquoten .....	20
3.3 Qualität der Beschäftigung .....	22
3.4 Zusammenfassung .....	27
4. Einkommen, Bildung und Beschäftigung .....	28
4.1 Bildung sorgt für Einkommen, sofern Bildung vorhanden ist .....	28
4.2 Einkommen und Geschlecht: Familienleben und Einkommens- verteilung verändern .....	32
4.3 Zusammenfassung .....	35
5. Finanzielle Ungleichheit .....	36
5.1 Die großen Unterschiede in den Brutto- und Nettoeinkommen der EU-Länder .....	37
5.2 Das Problem steigender Ungleichheit bei den Einkommen .....	38
5.3 Die alarmierende Konzentration von Vermögen in Europa .....	41
5.4 Auf der dunklen Seite: Armut in der EU .....	43
5.5 Der Niedriglohnbereich .....	45
5.6 Arm trotz Arbeit: Die <i>working poor</i> .....	48
5.7 Zusammenfassung .....	51
6. Ungleichheit bekämpfen .....	52
Anmerkungen .....	56



# Mythen – Fakten – Ansatzpunkte

---

## Dimensionen sozialer Ungleichheit in Europa

---

### 1. Soziale Ungleichheiten gefährden die europäische Stabilität<sup>1</sup>

Europa kennt viele Herausforderungen: Das gemeinsame Auftreten in der Welt angesichts politischer, militärischer und wirtschaftlicher Krisen. Den Zusammenhalt im Inneren trotz zahlreicher Erschütterungen, die das Projekt Europa im Kern bedrohen. Sind soziale Fragen da überhaupt wichtig?

Die Europäische Union (EU) hat in den letzten Jahrzehnten erhebliche Fortschritte beim Aufbau eines Binnenmarkts und einer Wirtschaftsunion erzielt, wenn auch nicht ohne Probleme, wie die Krise 2008 und die Entwicklung in Griechenland gezeigt haben. Aber eine europäische Sozialunion ist nicht in Sicht. Im Gegenteil. Die Liberalisierung der Arbeitsmärkte scheint ein gemeinsames soziales Europa zu gefährden. Tatsächlich sieht es so aus, als ob sich die EU und ihre Mitgliedstaaten vor allem auf wirtschaftliche Fragen konzentrieren, in der Hoffnung, dass wirtschaftliche Lösungen die sozialen Probleme gleich mit beheben. Zwar hat die EU einige wichtige und ehrgeizige sozialpolitische Richtlinien verabschiedet, deren Umsetzung bleibt jedoch Sache der Mitgliedstaaten. Die EU kann hier nur unterstützend tätig sein.

Das Negieren der sozialen Fragen bedroht die Europäische Union in ihren Fundamenten. Die Krisen, die Europa erschütterten, haben gezeigt, dass eine Wirtschaftsunion ohne eine Sozialunion, ein aktivierender Sozialstaat ohne einen protegierenden Sozialstaat nicht möglich sind.<sup>2</sup> Im Rahmen des GUSTO-Projekts der Europäischen Kommission hielt Colin Crouch zum wiederholten Male fest, dass eine europäische Einheit beides erfordere: eine Orientierung an den Regeln des Marktes und einen Ausbau sozialer Bürgerrechte. Vermarktlichung allein führe zu mehr Unsicherheit und schwäche die Stabilität der EU. Entsprechend erfordere die Ausweitung der Märkte den verstärkten Ausbau von Institutionen, die nicht vom Markt bestimmt werden.<sup>3</sup>

Viele Politiker und Ökonomen glauben, und möchten uns glauben machen, dass sozialstaatliche Leistungen durch wirtschaftliches Wachstum verringert oder gar ersetzt werden könnten. Allerdings führte Wachstum in den letzten Jahrzehnten zu mehr Ungleichheit in vielen europäischen Ländern, wie das europäische Forschungsprojekt GINI sehr anschaulich darlegt.<sup>4</sup> Ungleichheiten bedrohen den sozialen Zusammenhalt und sie gefährden weiteres Wachstum. Joseph Stiglitz (2013) betont, dass eine ungleiche Einkommensverteilung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage verringere und das Wirtschaftswachstum begrenze.<sup>5</sup> Armen Menschen fehlt das Geld, um den Konsum anzukurbeln, und reiche Menschen haben zu viel Geld, um die niedrige Konsumquote der armen Bevölkerungsgruppen auszugleichen.

---

## Das Negieren der sozialen Fragen bedroht die Europäische Union in ihren Fundamenten.

---

Zudem haben in Ländern mit hoher sozialer Ungleichheit viele Menschen keinen Zugang zu grundlegenden Ressourcen wie Bildung und Beschäftigung, obwohl diese Menschen hoch produktiv sein könnten. Indem man den Menschen diese Ressourcen verweigert, vernichtet man wertvolles Humankapital und damit Wachstum. Des Weiteren brauchen Länder mit hoher sozialer Ungleichheit ein viel höheres Wachstum als Länder mit geringer Ungleichheit, um Armut überhaupt abbauen zu können. Oder umgekehrt: Je geringer die materielle Ungleichheit in einem Land ist, desto eher kommt wirtschaftliches Wachstum allen Menschen zugute.<sup>6</sup>

Die bestehenden sozialen Ungleichheiten in Europa müssen zunächst ermittelt und beschrieben werden, damit sie bekämpft werden können. Diesem Ziel dient dieser Beitrag. Ausgehend von einem Lebensverlaufskonzept betrachten wir die drei Bereiche Bildung (Kapitel 2), Beschäftigung (Kapitel 3) und Einkommen (Kapitel 4). In allen drei Kapiteln weisen wir systematisch auch Unterschiede nach Geschlecht und Alter aus. Eine weitere Gruppe bleibt allerdings unberücksichtigt: Menschen mit Migrationshintergrund. Europaweit sprechen wir hier von ganz unterschiedlichen Gruppen, die sich miteinander schwer vergleichen und aufgrund großer Unterschiede innerhalb der Gruppen auch nicht zusammenfassen lassen.<sup>7</sup>

Nach diesen ersten drei Kapiteln, die sich auf der Mikroebene von Lebensverläufen bewegen, wenden wir uns in Kapitel 5 gesamtgesellschaftlichen Verteilungen und damit relativen Maßen zu. Wir betrachten den Lebensstandard, gemessen am Einkommen und Vermögen, und die ungleiche Verteilung der finanziellen Ressourcen. Insbesondere konzentrieren wir uns auf soziale Schieflagen und damit auf Bevölkerungsgruppen, die ein soziales Europa am meisten brauchen: Menschen, die arm sind, zu Niedriglöhnen arbeiten oder zu den *working poor* zählen. Zum Schluss

bündeln wir die Ergebnisse und leiten fünf Handlungsfelder ab, die den Aufbau von mehr sozialer Gerechtigkeit in Europa unterstützen können.

## **2. Bildung und Ungleichheit**

Bildung gilt als Schlüssel zur Entfaltung der Persönlichkeit, für Erwerbschancen, gute Arbeit, Gesundheit, ein langes Leben und für das Empfinden von Glück und Zufriedenheit. Den Zugang zu Bildung zu öffnen und die Qualität von Bildung zu verbessern, sind daher zwei der vordringlichen staatlichen Ansinnen und Aufgaben. Es geht um individuelle Ermächtigung, ebenso wie um gesellschaftliche und wirtschaftliche Notwendigkeiten. Individuelle Ermächtigung heißt, Menschen zu befähigen, an Gesellschaft und Gemeinschaft teilzuhaben. Dazu werden kognitive, soziale und emotionale Inhalte in Familien, persönlichen Netzwerken, Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Ausbildungsbetrieben an die Menschen weitergegeben. Eine solch breit verstandene Bildung ermöglicht soziale und politische Partizipation und den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Notwendigkeiten ergeben sich, da sich Arbeitsmärkte insbesondere im Bereich hoch qualifizierter Tätigkeiten entfalten und im globalen Wettbewerb stehen. Gleichzeitig geht die Bevölkerungszahl zurück und die Beschäftigten werden meist immer älter. Die Wirtschaft muss sich zudem auf Einwanderung und zunehmende Diversität einstellen. Hier kann eine gut gebildete Bevölkerung helfen, dem schnellen und grundlegenden Wandel zu begegnen.

Wenn also eine gute Bildung immer notwendiger wird, gilt es insbesondere, Bildungsarmut abzubauen. Diese besteht aber nach wie vor, und zwar trotz einer deutlichen Bildungsexpansion. Von einer »Sättigung« des Bildungsstands unter dem Sekundarbereich II, wie einige Autoren behaupten, kann nicht die Rede sein.<sup>8</sup> Wenn wir die Bildungsabschlüsse in der EU vergleichen, wird deutlich: Die Bandbreite von Bildungsarmut ist gewaltig und zeigt, dass diese institutionell gemacht und nicht individuell bedingt ist. Die in der Literatur vorliegende Konzentration auf den tertiären Bildungsbereich der Hochschulen und Berufsakademien greift deutlich zu kurz.

Das Ausmaß von Bildungsarmut weist darauf hin, wie viele Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe abgeschnitten werden. Daher lautet die wesentliche Frage: Schaffen es Länder, Bildungsarmut zu reduzieren, einen durchschnittlich hohen Bildungsstand zu erreichen *und* soziale Ungleichheit abzubauen? Die Antwort auf diese Frage legt die Grundlage für alle folgenden Kapitel. Wegen der engen Verzahnung von Bildung, Beschäftigung, Einkommen und Vermögen in allen Ländern brauchen wir solide Informationen über diese sozialstrukturell ausschlaggebende erste Etappe im Lebensverlauf von Menschen.

## 2.1 Wie wird Bildung gemessen?

Zählte man früher einfach die Jahre, die man in Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen verbrachte, schaut man heute meist auf Abschlüsse, also auf die *Zertifikate*, die Schulen und Ausbildungsstätten vergeben. In jüngster Zeit werden zusätzlich kognitive *Kompetenzen* erhoben. Diese werden weltweit standardisiert in unterschiedlichen Altersstufen und für unterschiedliche kognitive Bereiche gemessen, so in Mathematik, Lesen und den Naturwissenschaften. Mit Zertifikaten und kognitiven Kompetenzen sind breite Bereiche von Bildung abgedeckt, aber eben nicht alle. Noch immer fehlen nationale und international vergleichende Angaben zu den emotionalen und sozialen Kompetenzen der Bevölkerung. Dass diese in einer vernetzten Welt zunehmend an Wert gewinnen und als Bildungsgut angesehen werden müssen, steht dabei außer Frage.

.....  
Noch immer fehlen nationale und international vergleichende Angaben zu den emotionalen und sozialen Kompetenzen der Bevölkerung.  
.....

Doch bis dahin wird der Bildungsstand der europäischen Bevölkerung notgedrungen mit nur zwei Maßen beschrieben: mit der formalen Bildung, die durch den Besuch von Bildungsinstitutionen ausgewiesen und durch die International Standard Classification of Educational Degrees (ISCED) kodifiziert wird, und durch die kognitiven Kompetenzen, die mit dem Programme for International Student Assessment (PISA) für 15-Jährige und mit dem Programme for International Assessment of Adult Competencies (PIAAC) für Erwachsene erhoben werden. Als niedrig gebildet oder bildungsarm gelten dabei Menschen mit einem Abschluss unterhalb der Sekundarstufe II oder mit einem Kompetenzniveau unterhalb der Stufe 2. Zu den Hochgebildeten zählen jene Menschen, die einen tertiären Abschluss erzielt oder ein Kompetenzniveau der Stufen 5 und 6 erreicht haben. Von der Europäischen Kommission und der OECD wurden diese Grenzen gleichermaßen für alle Länder festgelegt. Sie gelten daher unabhängig von der Bildungs- oder Kompetenzverteilung eines Landes, aber auch von den regionalen Arbeitskräftebedarfen. Dieses Vorgehen unterscheidet sich deutlich von den relativen Maßen (etwa bei der Armutsmessung), wie sie in der Ungleichheitsforschung üblicherweise verwendet werden.

## 2.2 Wer bekommt eine Chance: Der Bildungsstand in Europa

Das Ausmaß der Bildungsarmut weicht in den Ländern der EU stark voneinander ab. So ist der Anteil bildungsarmer Menschen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren in Malta (40 Prozent), Portugal (35 Prozent) und Spanien (34 Prozent) 2014 besonders

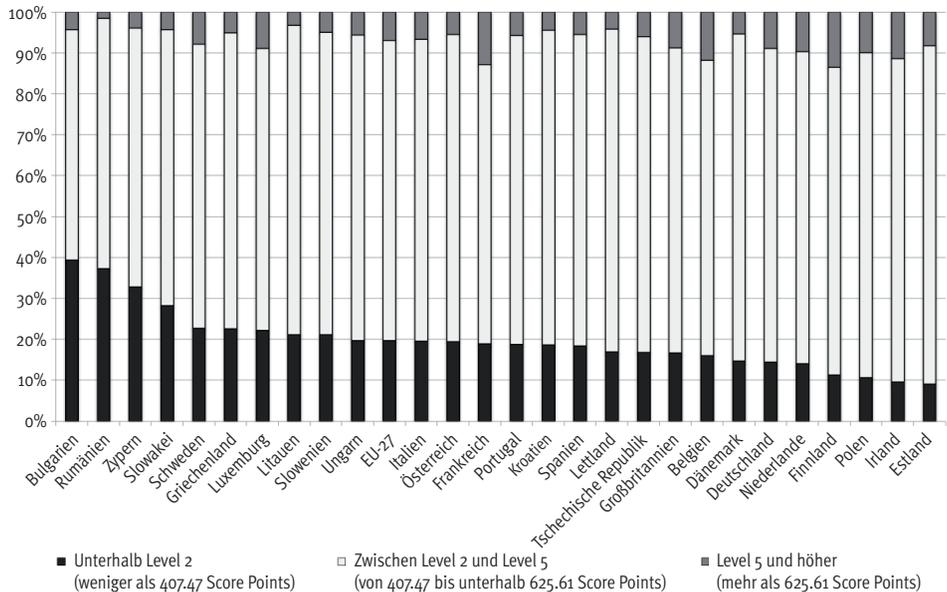
hoch. In Polen, der Tschechischen Republik und Kroatien beträgt er hingegen unter 6 Prozent.

Auch im Sekundarbereich II finden wir in dieser Altersgruppe deutliche Unterschiede zwischen den Ländern. Sie lagen im Jahr 2014 zwischen 24 und 65 Prozent. Über die Zeit hat sich der Bildungsstand in allen Ländern verbessert. Insbesondere in Portugal können wir eine rasante Entwicklung feststellen: Von den 55- bis 64-Jährigen haben nur 10 Prozent einen Abschluss der Sekundarstufe II, unter den 25- bis 34-Jährigen sind es bereits 33 Prozent.

Betrachten wir auch noch den Anteil der Bevölkerung mit einem tertiären Abschluss. Zu den Hochgebildeten unter den 25- bis 34-Jährigen zählen in Zypern, Irland, Litauen und Luxemburg über 50 Prozent, in Italien und Rumänien dagegen nur jeder Vierte. Vor allem Polen hat in diesem Bereich deutliche Fortschritte erzielt: Der Abstand zwischen den 25- bis 34-Jährigen und den 55- bis 64-Jährigen mit einem tertiären Abschluss beträgt 29 Prozentpunkte. Auch in Zypern, Irland, Litauen und Frankreich ist eine deutliche Zunahme zu verzeichnen, nämlich zwischen 23 und 28 Prozentpunkten. In Deutschland ist der Anteil der Bevölkerung mit tertiärem Abschluss dagegen nur um 3 Prozentpunkte gestiegen.

Bei den kognitiven Kompetenzen konzentrieren wir uns zunächst auf die Ergebnisse bei den Lesekompetenzen der 15-Jährigen (Abbildung 1). Im EU-Durchschnitt gelten 20 Prozent der 15-Jährigen als kompetenzarm und 7 Prozent als kompetenz-

Abbildung 1: Lesekompetenzen der 15-Jährigen in den Mitgliedstaaten der EU, PISA 2012



reich. Dabei finden sich in Bulgarien, Rumänien und Zypern mit über 30 Prozent die größten Anteile an Kompetenzarmen, in Irland und Estland dagegen nur Anteile von 10 Prozent. Die meisten kompetenzreichen Jugendlichen leben in Finnland, gefolgt von Frankreich, Belgien, Irland und Polen mit jeweils über 10 Prozent, am unteren Ende liegt Rumänien mit knapp 2 Prozent.

Die Kompetenzen der Bevölkerung zwischen 16 und 64 Jahren werden durch PIAAC ermittelt.<sup>9</sup> Wenn wir die Befragten in fünf Altersgruppen unterteilen, wird deutlich, dass in den meisten Ländern die Kompetenzwerte zwischen dem 16. und dem 24. Lebensjahr ansteigen und anschließend kontinuierlich sinken. Im europäischen Vergleich ist Italien in fast allen Altersgruppen das Schlusslicht. Nur bei den 55- bis 64-Jährigen weist Spanien schlechtere Durchschnittswerte auf. Finnland und die Niederlande zeigen mit Abstand die höchsten Kompetenzwerte, außer in der ältesten Gruppe. Diese Ergebnisse können auf verschiedene Weise erklärt werden. Zum einen lassen sie sich auf die Bildungsexpansion zurückführen (Kohorteneffekt). Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass kognitive Kompetenzen meist mit dem Alter abnehmen (Alterseffekt). Zertifikate aber behalten ihre Gültigkeit, auch wenn das mit ihnen verbundene Wissen mit der Zeit verloren gegangen ist.

### **2.3 Zertifikate und Kompetenzen: Stimmen die Messungen überein?**

Normalerweise werden Abschlüsse und erreichte Kompetenzen unverbunden nebeneinandergestellt. Dahinter liegt die Annahme, dass beide Indikatoren Vergleichbares messen und Länder, deren Bevölkerung gute Abschlüsse erzielt, sich auch durch hohe kognitive Kompetenzwerte auszeichnen. Mit den PIAAC-Daten ist es möglich, die Kompetenzen der 25- bis 34-Jährigen mit den Abschlüssen in der gleichen Altersgruppe in Beziehung zu setzen. Die Übereinstimmung zwischen niedrigen Kompetenzen und niedrigen Zertifikaten ist sehr hoch. Spanien und Italien am unteren sowie Finnland und die Tschechische Republik am oberen Rand sind hier die besten Beispiele. In nur wenigen Ländern werden überwiegend niedrige Kompetenzen, aber hohe Zertifikate erzielt oder umgekehrt. Eine dieser Ausnahmen ist Belgien, ein Land mit einem geringen Anteil an Kompetenzarmen und vergleichsweise hohem Anteil Zertifikatsarmer. Ein umgekehrtes Muster finden wir in Polen. Ein hoher Anteil von Kompetenzarmen geht mit einem niedrigen Anteil Zertifikatsarmer einher.

Im oberen Bildungsbereich zeigt sich dies nicht. In allen Ländern haben wesentlich mehr Menschen zwischen 29 und 34 Jahren einen Hochschulabschluss, als es dem Anteil Kompetenzreicher entsprechen würde. Am extremsten ist dies in Zypern. Über die Hälfte der Bevölkerung in dieser Altersgruppe hat einen tertiären Abschluss (54 Prozent), auf der PIAAC-Kompetenzstufe 4 und 5 liegen dagegen nur

7 Prozent. Allein in Finnland stimmen die Anteile der Bevölkerung mit Hochschulabschluss (40 Prozent) und der Kompetenzreichen (37 Prozent) in etwa überein.

.....

Wenn Zertifikate aber ihre Aussagekraft verlieren, werden Arbeitgeber künftig nach eigenen Standards filtern. Schulen verlieren dann ihre Legitimation und Platzierungsmacht.

.....

Dieses Auseinanderklaffen ist ein alarmierendes Zeichen. Europa setzt auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Wenn Zertifikate aber ihre Aussagekraft verlieren, werden Arbeitgeber künftig nach eigenen Standards filtern. Schulen verlieren dann ihre Legitimation und Platzierungsmacht.

## **2.4 Gruppenspezifische Ungleichheiten**

Gibt es Bevölkerungsgruppen, die systematisch ein höheres oder niedrigeres Bildungsniveau als andere Gruppen erreichen? Inwieweit können wir davon ausgehen, dass jenseits der Unterschiede eine systematische soziale Strukturierung vorliegt?

Bildungsergebnisse unterscheiden sich nach dem *Alter*. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Kohorteneffekte als Ergebnis der Bildungsexpansion. Betrachten wir kognitive Kompetenzen, ist auch von Alterseffekten auszugehen, die – bei hoher Variation innerhalb der Altersgruppen – mit einer Abnahme kognitiver Kompetenzen im höheren Alter verbunden sein dürften.

Zudem spielt das *Geschlecht* eine Rolle. In vielen Ländern haben Frauen bei den Abschlüssen mit Männern gleichgezogen und konnten über die Zeit besondere Bildungsgewinne erzielen. Bei den kognitiven Kompetenzen ist zwischen mathematischen und Lesekompetenzen zu unterscheiden. In den meisten Ländern erreichen Männer höhere mathematische Kompetenzen als Frauen, außer in Lettland, Finnland und Schweden. Dagegen schneiden Frauen bei den sprachlichen Kompetenzen besser ab und verzeichnen deutliche Kompetenzgewinne. Beispielsweise stieg in Polen der Anteil 15-jähriger Frauen mit sehr hohen Lesekompetenzen zwischen 2000 und 2012 um 7 Prozentpunkte.

Während sich die Vorteile von Männern im Bereich der Mathematik auch im weiteren Lebensverlauf zeigen, sich die Ergebnisse von PISA und PIAAC also entsprechen, ist dies bei den Lesekompetenzen nicht der Fall. Die 15-jährigen Frauen können zwar die besseren PISA-Ergebnisse als die gleichaltrigen Männer vorweisen, in den höheren Altersgruppen liegen die Kompetenzen der Männer aber über denen

der Frauen. Ungeklärt ist, inwieweit dies an unterschiedlichen Messkonzepten von PISA und PIAAC liegt oder auf tatsächliche Kompetenzgewinne bzw. -verluste zurückzuführen ist.

Am stärksten hängt der Bildungserfolg in fast allen EU-Ländern von der *sozialen Herkunft* ab. Dies gilt für Zertifikate und Kompetenzen gleichermaßen. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind gravierend. Betrachtet man Zertifikate, spielt die soziale Herkunft in Dänemark, Estland, Finnland, Luxemburg und Schweden eine wesentlich geringere Rolle als in den anderen Mitgliedstaaten der EU.<sup>10</sup> Die Erfolgsquoten im Sekundarbereich II zwischen Schülern, deren Eltern über einen Abschluss im Tertiärbereich verfügen und Schülern, deren Eltern nur einen Abschluss unterhalb des Sekundarbereich II haben, unterscheiden sich in Italien um 56 Prozentpunkte, in Finnland aber nur um 2 Prozentpunkte. Dies lässt sich auch bei den kognitiven Kompetenzen zeigen. Insbesondere in Bulgarien, der Slowakei, in Ungarn, Frankreich, Luxemburg, Portugal und Deutschland hängen die gemessenen kognitiven Kompetenzen stark vom Elternhaus ab. In Finnland und Estland ergeben sich hingegen nur geringe Unterschiede nach sozialer Herkunft.

---

Am stärksten hängt der Bildungserfolg in fast allen EU-Ländern von der sozialen Herkunft ab.

---

## **2.5 Zusammenfassung**

Ob man nun Abschlüsse oder Kompetenzen als Maß heranzieht, Bildung ist sehr ungleich zwischen den Ländern der EU und innerhalb der Mitgliedstaaten verteilt. Das Ausmaß der Bildungsarmut ist alarmierend. Durchschnittlich 8 Prozent eines Geburtsjahrgangs fehlt ein allgemeiner Bildungsabschluss, 19 Prozent der 15-jährigen Mädchen und Jungen zählen zu den »funktionalen Analphabeten«, da ihre kognitiven Kompetenzen im Lese- oder Mathematikverständnis sehr niedrig sind. Diesen jungen Menschen wird der Start in ein gutes Leben und in gute Arbeit verwehrt. Der Abbau von Bildungsarmut in allen EU-Ländern muss daher deutliche Priorität besitzen.

Die Daten zeigen, dass Bildungsarmut abgebaut werden kann, ohne das Bildungsniveau insgesamt zu gefährden. Eine Politik, die Bildungsarmut reduziert, schadet nicht dem Erwerb von Spitzenkompetenzen und erzeugt keine Einheitsbildung. Tatsächlich lässt sich belegen, dass es Ländern gelingt, ein hohes durchschnittliches Bildungsniveau zu erreichen, ohne dass die Ungleichheit bei den Bildungsergebnissen steigt.

Um höhere und gleichmäßiger verteilte Bildungsergebnisse zu erzielen, muss insbesondere daran gearbeitet werden, eine größere Gleichheit im Zugang zu Bildung herzustellen. Der soziale Status des Elternhauses bestimmt in fast allen Ländern die Bildungschancen. Vieles kann dafür getan werden, damit Kinder aus sozial benachteiligten Gruppen ebenso einen guten Start in der Schule und ins Leben erhalten. Insbesondere stark gegliederte Bildungssysteme sind nicht förderlich. Der internationale Vergleich zeigt, dass Bildungssysteme das Niveau und die Verteilung von Bildung stark beeinflussen. Länder mit gestiegenen Bildungsergebnissen haben ihre Bildungssysteme geöffnet und teilen die Schülerinnen und Schüler deutlich später nach Leistung oder angestrebtem Bildungsabschluss auf. Auch die Ausbildung der Lehrkräfte wurde in diesen Ländern massiv verbessert, durch Anreizsysteme, höhere Löhne und Weiterbildung. Gezielte Maßnahmen für schwache Schülerinnen und Schüler wurden eingeführt, die Autonomie der Schulen wurde erhöht.

.....  
Eine Politik, die Bildungsarmut reduziert, schadet nicht dem Erwerb von Spitzenkompetenzen und erzeugt keine Einheitsbildung.  
.....

Unklar ist jedoch, inwieweit der tertiäre Sektor gleichermaßen weiterentwickelt werden muss und ob er tatsächlich die Kompetenzen vermittelt, die jetzt und zukünftig auf dem europäischen Arbeitsmarkt benötigt werden. Einzelne Länder schneiden im Sekundarbereich II hervorragend ab, haben den tertiären Bereich aber nicht entsprechend ausgebaut. Sie haben sich für einen Weg jenseits der Akademisierung entschieden und setzen auf berufliche Ausbildungen, etwa Österreich, Deutschland, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.

Ebenso ist deutlich geworden, dass die Möglichkeiten, Bildung zu messen, weiterhin unzureichend sind. Wir müssen auch soziale und emotionale Kompetenzen erheben und vergleichen können. Bildung auf Faktenwissen und Abschlüsse zu reduzieren, wird ihrer individuellen und gesellschaftlichen Bedeutung nicht gerecht. Hierbei wird auch nicht berücksichtigt, dass der Arbeitsmarkt sich grundlegend verändert und immer stärker auf Vielfalt, sich selbst organisierende Teams und selbstständiges Arbeiten setzt. Die von der OECD und der Europäischen Kommission eingesetzten Bildungsmaße, also Abschlüsse und Kompetenzen, zeichnen ein teilweise sehr unterschiedliches Bild von den Bildungserfolgen und Bildungsverteilungen in den Ländern. Hohe Bildungsabschlüsse stehen allzu oft unverbunden neben kognitiven Kompetenzen. Es ist zu befürchten, dass die Mitgliedstaaten ihre Ergebnisse bei den Bildungsabschlüssen an die EU-weiten Zielvorgaben anpassen, indem sie die dafür notwendigen Anforderungen senken. Bei den Kompetenzen ist das nicht gleichermaßen möglich, da diese mit standardisierten Tests gemes-

sen werden. Hohe Bildungsabschlüsse zu vergeben, ohne die zugrunde liegenden Kompetenzen zu vermitteln, ist hochproblematisch. Diese Tatsache wird aber bislang nicht hinreichend wahrgenommen, obwohl sie mit einem deutlichen Verlust an Legitimation und Einfluss des Schulsystems einhergeht.

### **3. Beschäftigung und Ungleichheit**

Beschäftigung wird zunehmend als Allheilmittel gegen die Wechselfälle des Lebens gesehen. Getrieben durch den demografischen Wandel und unterstützt durch den Umbau von Wohlfahrtsstaaten zu Sozialstaaten wurden große Aktivierungsprogramme aufgelegt, um möglichst viele Menschen im erwerbsfähigen Alter so gut und so lange wie möglich in Beschäftigung zu bringen und zu halten. Die Europäische Kommission formulierte 2000 im Rahmen ihrer Lissabon-Strategie die folgenden Ziele: Die Erwerbstätigenquote von Frauen soll bis 2010 auf 60 Prozent erhöht werden. Ältere Personen sind stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sodass 2010 eine Erwerbstätigenquote von 50 Prozent bei den 55- bis 64-Jährigen erreicht wird. Die Zielvorgabe für die Gesamtbevölkerung lag im Jahr 2010 zunächst bei 70 Prozent, für 2020 wurde sie im Rahmen der Strategie Europa 2020 auf 75 Prozent angehoben.

Erwerbsarbeit wird damit immer mehr Dreh- und Angelpunkt für soziale Ungleichheit. Sie entscheidet über drinnen und draußen, oben und unten, Anerkennung und Selbstrespekt. Eine solche Ausrichtung ist durchaus gefährlich. Was passiert, wenn man keinen Zugang in den Arbeitsmarkt findet, wenn Arbeit verloren geht oder sich die vielen Versprechungen aufgrund »schlechter Arbeit« nicht erfüllen? Denn eines ist klar: Hohe Erwerbsquoten sagen noch nichts über die Qualität der Beschäftigung aus. Es gibt die »Armen trotz Arbeit«, die trotz Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt nicht allein bestreiten können, die in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und oft niedriger Teilzeit stecken.

In diesem Abschnitt beschreiben wir den Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt. In vielen Ländern der EU finden Jugendliche keinen Zugang zu einer Beschäftigung und beginnen ihr Erwerbsleben in Arbeitslosigkeit oder mit prekären Jobs. Wie erklären sich die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten? Warum finden in einigen Ländern die Jugendlichen schnellere und bessere Wege in den Arbeitsmarkt als in anderen? Wir betrachten dann die Beschäftigungslage in Europa und konzentrieren uns auf zwei Größen: Erwerbsquoten und Beschäftigungsformen. Die Erwerbsquote gibt an, wie viele Menschen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig sind. Daneben brauchen wir Informationen zur Art der Beschäftigung, also zu den Beschäftigungsformen: Wie viele Stunden wird gearbeitet? Wie sicher ist die Beschäftigung?

### 3.1 Der Übergang von der Schule ins Erwerbsleben

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas ist heute eine der zentralen Herausforderungen. Empirische Studien zeigen übereinstimmend, dass frühe Phasen von Arbeitslosigkeit besonders nachhaltige Folgen haben. War man in der Jugend arbeitslos, so wird man auch später deutlich häufiger arbeitslos sein. Findet man dann Arbeit, sind die Einstiegsgehälter niedrig, die Lohnentwicklung wird gebremst. Die Arbeitszufriedenheit liegt auch nach 25 Jahren noch deutlich unter der von Menschen mit vergleichbarer Qualifikation, aber ohne frühe Arbeitslosigkeit.<sup>11</sup> Früh entstandene Narben schließen sich nicht.

Dennoch sollte man Aussagen wie »Jeder zweite Spanier unter 30 Jahren ist nicht beschäftigt« oder »Die Hälfte der griechischen Jugend ist ohne Arbeit« nur mit Vorsicht interpretieren. Bestenfalls stehen viele Jugendliche dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, da sie noch in der schulischen oder beruflichen Ausbildung sind. Andere sind tatsächlich arbeitslos, suchen also einen Job. Manche haben bereits die Hoffnung verloren und sind inaktiv. Ferner gibt es Jugendliche, die zwar erwerbstätig, aber prekär beschäftigt sind. Sie arbeiten befristet, oft nur wenige Stunden, mit niedrigem Lohn. Menschen in Beschäftigung kann es ebenso schlecht gehen wie Menschen ohne Beschäftigung.

.....

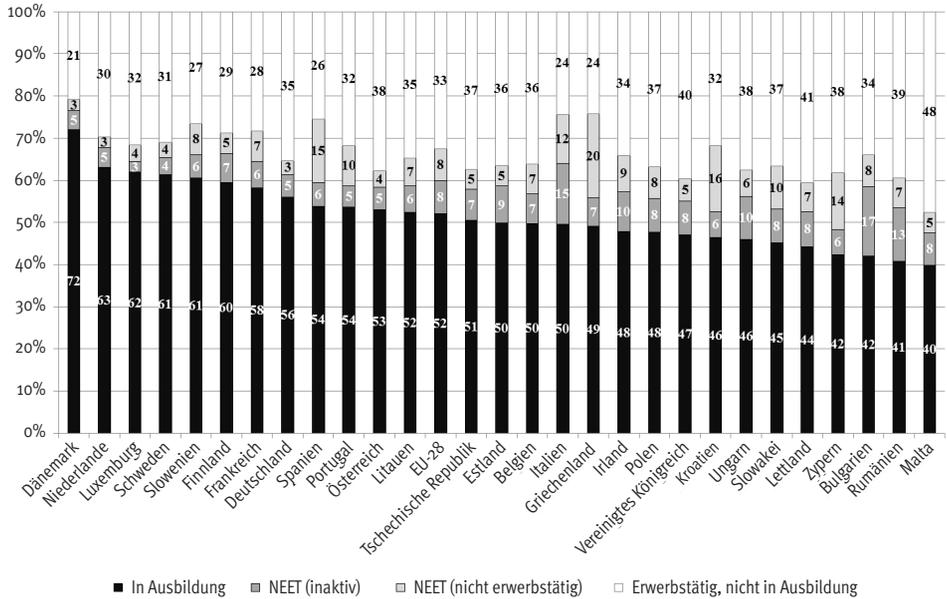
War man in der Jugend arbeitslos, so wird man auch später deutlich häufiger arbeitslos sein. Findet man dann Arbeit, sind die Einstiegsgehälter niedrig, die Lohnentwicklung wird gebremst.

.....

Jugendliche, die »not in education, employment or training« sind, werden als NEETs bezeichnet. Der Anteil der NEETs lag 2014 in den Ländern der EU durchschnittlich bei 15 Prozent, davon waren 7,5 Prozent arbeitslos und 7,5 Prozent inaktiv. Dabei ist der Anteil der NEETs wahrscheinlich sogar höher. In einigen Ländern befinden sich viele niedrig gebildete Jugendliche in Trainingsmaßnahmen. Damit gelten sie zwar nicht als NEETs, haben aber meist schlechte Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt.

Der Anteil und die Zusammensetzung der NEETs unterscheiden sich zwischen den EU-Mitgliedstaaten gewaltig (Abbildung 2). So liegt der Anteil der Inaktiven in Luxemburg, Schweden, Dänemark und den Niederlanden bei unter 5 Prozent, in Bulgarien beträgt er 17 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit reicht von 3 Prozent in Dänemark und den Niederlanden bis zu 20 Prozent in Griechenland. In vielen Ländern der EU ist sie mit der Finanz- und Wirtschaftskrise rasant gestiegen. Nur in Deutschland sank die Jugendarbeitslosigkeit.

Abbildung 2: Ausbildung und Erwerbstätigkeit von 15- bis 29-Jährigen in den Mitgliedstaaten der EU, 2014



Diese großen Unterschiede lassen sich nicht mit nur einer Ursache erklären. Vor der Wirtschafts- und Finanzkrise wurde Jugendarbeitslosigkeit häufig auf strukturelle *Entwicklungen* zurückgeführt, etwa den Strukturwandel der Wirtschaft, die fehlende Übereinstimmung zwischen erworbenen und erforderlichen Qualifikationen oder gruppenspezifische Risiken.<sup>12</sup> Seit den 2000er Jahren werden auch konjunkturelle Veränderungen herangezogen. So konnte gezeigt werden, dass die Jugendarbeitslosigkeit stärker von der Wirtschaftslage beeinflusst wird als die Arbeitslosigkeit unter Erwachsenen.<sup>13</sup>

Außerdem wurde begonnen, *individuelle Faktoren* der Jugendlichen zu berücksichtigen, die institutionell verursacht sind und ihnen den Übergang in den Arbeitsmarkt erschweren oder ihr Arbeitsloskeitsrisiko erhöhen. Dazu gehören Arbeitsjahre, firmenspezifisches Wissen und Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt, die den Jugendlichen gleichermaßen fehlen, aber auch eine höhere Wahrscheinlichkeit, befristete oder anderweitig prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzugehen.<sup>14</sup> Die Jugendlichen stecken also in einem Teufelskreis fest. Ausgerechnet die fehlende Arbeitserfahrung verhindert, dass sie einen Job erhalten, aber ohne diesen Job können sie auch keine Erfahrungen sammeln.

Häufig wird auch betont, dass der Anteil der NEETs systematisch mit der *demografischen Entwicklung* zusammenhängt. Danach würde die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen entsprechend zunehmen, je höher der Anteil Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung ist. Dieser Erklärungsansatz ist allerdings nicht haltbar. In

vielen Ländern sank zwischen 2003 und 2014 der Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der Gesamtbevölkerung, dennoch stieg die Jugendarbeitslosigkeit. Nur in Belgien, Finnland, Deutschland, Malta und Polen nahmen der Anteil 15- bis 24-Jähriger und die Jugendarbeitslosigkeit gleichermaßen ab.

Wenngleich auch *kulturelle Normen* wie die Nichterwerbstätigkeit von Frauen dazu beitragen, die großen Unterschiede bei den Anteilen der NEETs zu erklären, spielt doch vor allem die *institutionelle Verschränkung der Systeme* beim Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle. Europaweit unterscheiden sich die Organisationsformen der beruflichen Ausbildung deutlich. In angelsächsischen Ländern herrschen liberale Marktmodelle vor: Die Ausbildung erfolgt *on the job* in Betrieben. Vermittelt werden überwiegend praktische Fertigkeiten, die sehr betriebsspezifisch und damit wenig übertragbar auf andere Betriebe sind. Skandinavische Länder und Frankreich setzen dagegen hauptsächlich auf vollzeitschulische Ausbildungssysteme. Wissensinhalte sind eher theoretisch ausgerichtet, hoch standardisiert und nicht auf den einzelnen Betrieb zugeschnitten. Der dritte Typus, das korporative duale Modell, findet sich in der Schweiz (60 Prozent der Jugendlichen sind in einer dualen Ausbildung), Dänemark (48 Prozent), Deutschland (43 Prozent) und in Österreich (35 Prozent).<sup>15</sup> Es vereint die Merkmale der beiden anderen Systeme. Da Ausbildungsmodule in der Schule und im Betrieb miteinander kombiniert werden, erfolgt eine theoretische wie praktische Ausbildung; die Lehrinhalte entsprechen den Erfordernissen des Ausbildungsbetriebs, sind aber gleichzeitig auf andere Betriebe übertragbar.

Diese drei Ausbildungsregime prägen den Übergang von der Ausbildung in den Beruf. Viele Studien zeigen, dass ein *training on the job* zwar zu einem zügigen Übergang in Beschäftigung führen kann, dieser allerdings selten nachhaltig ist. Das vermittelte Wissen ist zu fragmentarisch und betriebsspezifisch. Bei den vollzeitschulischen Ausbildungssystemen dagegen dauert der Übergang vergleichsweise lang. Oft ist das Wissen zwar breit, passt aber nicht zu den Anforderungen der Arbeitgeber, die ihrerseits längere Anlernphasen vermeiden wollen. Duale Ausbildungssysteme führen zu raschen und meist nachhaltigen Übergängen. Das hat mehrere Gründe: Die Lehrlinge gehören bereits vor dem Übergang zum Betrieb, sie sind Insider, keine Fremden. Die Betriebe haben bereits viel in die Lehrlinge investiert und wissen, dass sich die Ausbildung für sie in einigen Jahren amortisieren wird. Durch die schulischen Module ist die Ausbildung breit und standardisiert, sodass die Lehrlinge auch nicht zu abhängig von ihrem Ausbildungsbetrieb sind. Die berufliche Ausbildung ist hoch standardisiert und weist so für alle Arbeitgeber aus, was ein Berufseinsteiger mit einem bestimmten Zertifikat kann. Da Betriebe meist nur in den Bereichen ausbilden, die sie später auch nachfragen, wird vergleichsweise selten am Arbeitsmarkt vorbei ausgebildet. Für viele junge Menschen in Ländern mit einem dualen Ausbildungssystem ist diese Form des Übergangs in den Arbeitsmarkt daher alles andere als die zweitbeste Lösung nach der Hoch-

schulbildung. Das sieht man schon daran, dass zunehmend auch Jugendliche mit einer Hochschulzugangsberechtigung die duale Berufsausbildung wählen. Und umgekehrt: In diesen Ländern funktioniert der Übergang in Beschäftigung so gut, dass es nur verhaltene Anstrengungen gibt, die tertiäre Bildung massiv anzuhängen.

Ist das duale Ausbildungssystem auf andere Bildungssysteme übertragbar? Hierbei sind einige strukturelle Herausforderungen zu beachten. Diese treten an den Schnittstellen zur allgemeinbildenden Schule, zur Hochschule und zur Weiterbildung auf. Ansatzpunkte für Reformen in diesen Bereichen lassen sich insbesondere in der Schweiz, in Dänemark und Österreich beobachten.<sup>16</sup> Das deutsche Berufsbildungssystem ist stark auf einzelne Berufe zugeschnitten. Es kennt 350 Berufsausbildungen, während in Österreich und in der Schweiz 250 und in Dänemark 150 Ausbildungsberufe angeboten werden. Entsprechend breiter sind dort die Qualifikationen geschnitten und entsprechend mobiler sind die Jugendlichen beim Übergang in den Beruf.

Ferner bieten Österreich und Dänemark im ersten Jahr eine Art »Ausbildung Generale« an und erlauben damit eine Berufsorientierung, bevor sich der Lehrling für ein bestimmtes Berufsfeld entscheidet. Sie gewährleisten ebenso eine stärkere Durchlässigkeit der berufsbildenden Ausbildung zu einer Hochschulausbildung. Österreich hat mit den berufsbildenden höheren Schulen einen neuen Weg beschritten. Die um ein Jahr verlängerte Schulzeit an höheren Schulen schließt man mit einer Doppelqualifikation, dem Abitur und dem Diplom, ab. Auch die Schweiz hat die Zweigliedrigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung aufgebrochen. Die Schweizer Berufsmaturität führt aus der Lehre zu einem Fachhochschulstudium.<sup>17</sup>

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass das duale System zwar wesentliche Vorteile beim Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt besitzt. Die höheren Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt machen aber auch vor dem dualen System nicht halt und werden es verändern.

### **3.2 Beschäftigungsquoten**

Zwischen 2004 und 2014 stieg die Beschäftigungsquote über alle Länder der EU hinweg leicht von 69 auf 71 Prozent. Hinter diesem Durchschnitt liegen große Unterschiede in den länderspezifischen Erwerbstätigenquoten und in deren Entwicklung. Beispielsweise betrug 2014 die Erwerbsquote in Griechenland 56 Prozent, in Kroatien 62 Prozent und in Schweden 83 Prozent. Manche Länder verzeichneten trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise steile Beschäftigungsgewinne, so Deutschland und Malta (jeweils plus 10 Prozentpunkte), Polen (plus 9 Prozentpunkte) sowie Österreich (plus 6 Prozentpunkte). In anderen Ländern brach die Beschäftigung massiv ein, etwa in Griechenland (minus 11 Prozentpunkte), Zypern, (minus 7 Pro-

zentpunkte) und Portugal (minus 5 Prozentpunkte). Dabei hat sich die Ungleichheit in den Beschäftigungsquoten zwischen den Ländern in diesem Zeitraum kaum vermindert. Die Beschäftigungsquoten unterscheiden sich in allen Ländern nach Alter, Bildung und Geschlecht. So finden wir am Beginn und am Ende der typischen Erwerbsphase niedrige, bei den 35- bis 45-Jährigen dagegen besonders hohe Beschäftigungsquoten. Die in der Lissabon-Strategie festgelegte Zielmarke von 50 Prozent Erwerbstätigkeit unter 55- bis 64-Jährigen haben nur 13 EU-Länder erreicht. Dennoch stieg die Erwerbsquote in dieser Altersgruppe zwischen 2004 und 2014 in den meisten Ländern, außer in Griechenland, Portugal und Zypern.

Bildung wirkt sich mit Abstand am stärksten auf die Beschäftigungsquoten aus. In allen EU-Ländern gilt: Je höher die Bildung, umso höher sind die Erwerbstätigenquoten. Im Durchschnitt der Länder liegen die Erwerbsquoten von Personen ohne Abschluss bzw. einem Abschluss unter dem Sekundarbereich II 26 Prozent unterhalb derjenigen von Personen mit einem Abschluss im Sekundarbereich. Gleichzeitig haben Personen mit einem Abschluss im Tertiärbereich im EU-Durchschnitt eine um 17 Prozent höhere Erwerbsquote als diejenigen mit einem Sekundarabschluss. Auf dem Arbeitsmarkt überwiegen die Nachteile einer geringen Bildung also sogar gegenüber den Vorteilen einer guten Bildung. Doch auch hier zeigt sich kein einheitliches Bild. Manche Länder öffnen den Zugang zu Beschäftigung für alle Bildungsniveaus gleichermaßen (Estland, Zypern). Einige Länder spalten die niedrig Gebildeten vom Rest der Bevölkerung ab (Slowakei, Tschechische Republik, Bulgarien, Polen, Ungarn und Österreich). Andere wiederum geben den gut Gebildeten besonders hohe Beschäftigungschancen (Litauen, Kroatien und Griechenland).

.....

Die Beschäftigungsquoten unterscheiden sich in allen Ländern nach Alter, Bildung und Geschlecht. Dabei wirkt sich Bildung mit Abstand am stärksten auf die Beschäftigungsquoten aus.

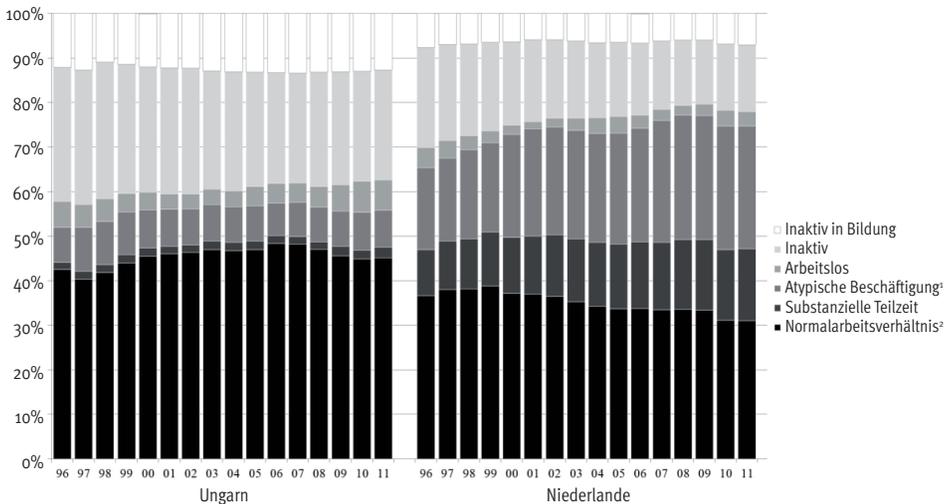
.....

Die Erwerbstätigenquoten unterscheiden sich auch sehr nach Geschlecht. In allen 28 EU-Ländern rangiert die männliche Erwerbstätigenquote deutlich über der weiblichen; die durchschnittliche Differenz beträgt 2014 11,5 Prozentpunkte. Auch hier finden wir wieder große Unterschiede zwischen den Ländern. In Malta liegen die weibliche und die männliche Erwerbstätigenquote 28 Prozentpunkte auseinander, in Litauen dagegen nur 3 Prozentpunkte und in Finnland sogar nur 2 Prozentpunkte.

### 3.3 Qualität der Beschäftigung

Ein Job ist gut, aber ein guter Job ist besser. Doch was ist eigentlich ein guter Job? Als gute Beschäftigung gilt noch immer das sogenannte Normalarbeitsverhältnis, eine ununterbrochene sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung, mit Karrieregewinnen und entsprechenden Lohnsteigerungen über den Lebensverlauf. Abweichungen von diesem Modell, beispielsweise Teilzeitbeschäftigung, befristete Beschäftigung, Leiharbeit oder (Solo-)Selbstständigkeit werden als atypische Beschäftigungsformen bezeichnet. Ein Normalarbeitsverhältnis als Standard zu setzen und sehr heterogene Beschäftigungsformen davon abzugrenzen, ist allerdings aus mehreren Gründen zu hinterfragen. Für Frauen war ein Normalarbeitsverhältnis noch nie »normal« und eher die Ausnahme als die Regel. Weibliche Erwerbsverläufe sind gekennzeichnet von Unterbrechungen und häufig langen Phasen in Teilzeit. Nicht von ungefähr entstand das Konzept eines Normalarbeitsverhältnisses in Ländern, die *eine* »normale« Erwerbstätigkeit als ausreichende Sicherung für einen gesamten Haushalt verstanden haben. Seitdem hat sich jedoch einiges verändert. Heutzutage gibt es viele verschiedene Beschäftigungsformen. Nicht alle als atypisch geltenden Jobs sind prekär, man denke nur an die sozialversicherungspflichtige, entfristete, substanzielle Teilzeit. Man sollte also nicht grob zwischen »typischen« und »atypischen« Beschäftigungsformen unterscheiden und stattdessen genauer differenzieren.

Abbildung 3: Beschäftigung in Ungarn und in den Niederlanden, 1996 – 2011



Anmerkungen:

<sup>1</sup> Die Gruppe der atypisch Beschäftigten umfasst Personen in marginaler Teilzeit, befristeter Beschäftigung in Voll- und Teilzeit sowie Soloselbstständigkeit.

<sup>2</sup> Zu der Gruppe der Personen mit einem Normalarbeitsverhältnis zählen auch Selbstständige.

Dazu wurde die gesamte Bevölkerung eines Landes im Alter zwischen 15 und 64 Jahren je nach Art ihrer Beschäftigung in sechs Gruppen eingeteilt: Normalarbeitsverhältnis, substanzielle Teilzeitbeschäftigung, atypische Beschäftigung, arbeitslos, inaktiv und inaktiv in Aus- oder Weiterbildung.<sup>18</sup>

In Abbildung 3 wird für Ungarn und die Niederlande die Entwicklung der jeweiligen Anteile seit 1996 bis zum Jahr 2011 dargestellt. Die beiden Länder weisen sehr unterschiedliche Beschäftigungsprofile auf. Im Jahr 2011 sind in Ungarn 56 Prozent der Bevölkerung erwerbstätig, davon 45 Prozent in Vollzeit und 8 Prozent in unterschiedlichen Formen atypischer Beschäftigung. Der Rest der Bevölkerung (44 Prozent) ist 2011 nicht erwerbstätig, hiervon sind 13 Prozent noch in der Ausbildung, 25 Prozent inaktiv und 7 Prozent arbeitslos. In den letzten 15 Jahren hat sich wenig geändert: Der Anteil der Inaktiven sank etwas, der Anteil Arbeitsloser stieg leicht an.

Ganz anders ist die Situation in den Niederlanden. Der Anteil Beschäftigter ist mit 75 Prozent wesentlich höher als in Ungarn, der Anteil Vollzeit Erwerbstätiger mit 31 Prozent wesentlich niedriger. Bei den Beschäftigungsformen erkennt man deutlich: In den Niederlanden sind die Beschäftigungsformen, die von einem Normalarbeitsverhältnis abweichen, typisch. Sie werden von rund der Hälfte aller Beschäftigten ausgeübt. Für die letzten 15 Jahre sind zwei Entwicklungen hervorzuheben: Der Anteil Vollzeit Erwerbstätiger ist um 6 Prozentpunkte zurückgegangen, der Anteil der anderen, atypischen Beschäftigungsverhältnisse dagegen um 9 Prozentpunkte gestiegen. Auch leben heute in den Niederlanden weniger inaktive Menschen als früher, dafür aber mehr Menschen, die prekär beschäftigt sind.

Auch die Beschäftigungsformen unterscheiden sich zwischen den Ländern wesentlich nach Alter, Bildung und Geschlecht. So sind beispielsweise in Finnland und Belgien von den 30- bis 49-Jährigen sehr viele erwerbstätig (Abbildung 4). Die Beschäftigungsquote liegt bei 84 beziehungsweise 82 Prozent. Allerdings sind im Vergleich zu Finnland mehr als doppelt so viele Personen in Belgien »inaktiv«. Zudem wird deutlich, dass beide Länder sehr unterschiedliche Ansätze bei der Beschäftigung älterer Personen verfolgen.

.....

### Ein Job ist gut, aber ein guter Job ist besser. Doch was ist eigentlich ein guter Job?

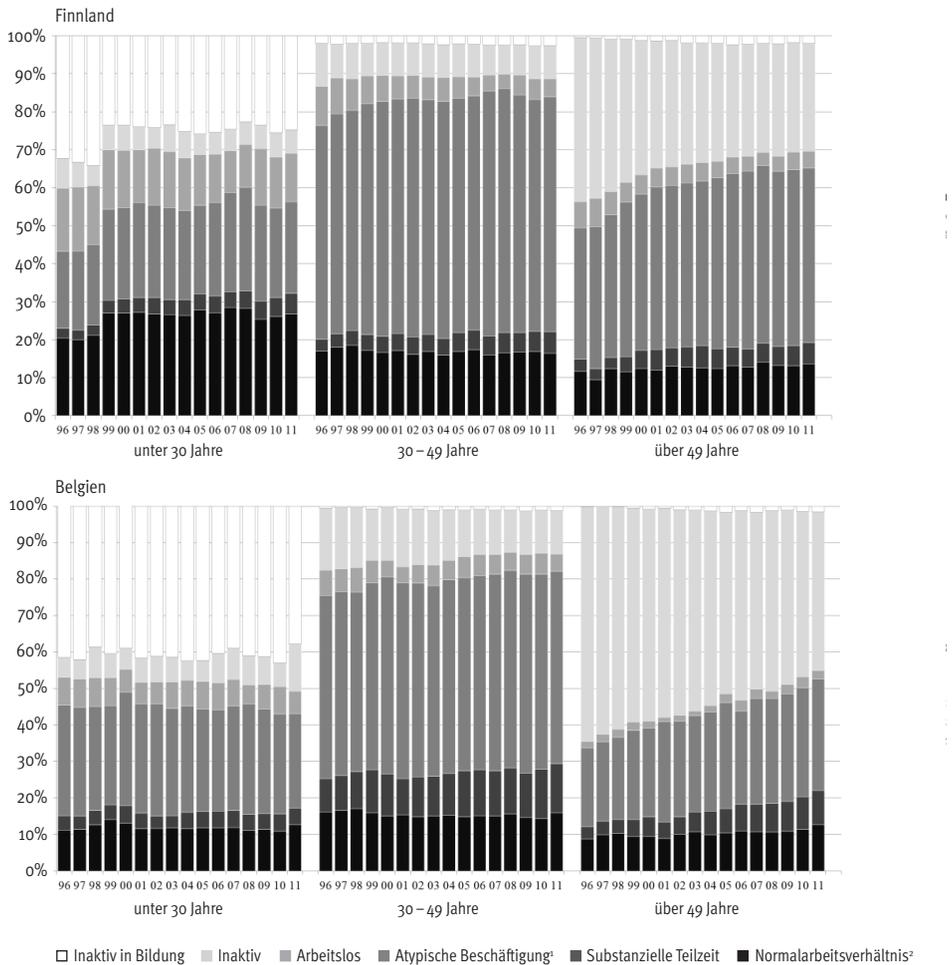
.....

Abbildung 5 zeigt die Beschäftigung nach den drei Bildungsniveaus getrennt.<sup>19</sup> Mit Deutschland und Italien werden zwei Länder vorgestellt, die ganz unterschiedliche Muster aufweisen. In Deutschland liegt die Normalbeschäftigung bei den gering Qualifizierten extrem niedrig (20 Prozent). Bei Menschen mit mittlerer und hoher

Qualifikation ist sie doppelt so hoch und unterscheidet sich zudem kaum (46 und 59 Prozent). Das deutsche berufliche Ausbildungssystem bewährt sich also nicht nur beim Übergang von Bildung in Beschäftigung. Zwischen 1996 und 2011 wächst aber die Beschäftigungsspreizung: Die niedrig Qualifizierten werden zunehmend abgehängt.

In Italien liegt die Normalbeschäftigung bei den drei Bildungsniveaus auf einem vergleichbar niedrigen Niveau. Dafür sind wesentlich mehr Akademiker atypisch beschäftigt als gering Qualifizierte. Über die Zeit lassen sich nur geringe Verände-

Abbildung 4: Beschäftigung in Finnland und Belgien, nach Alter, 1996 – 2011



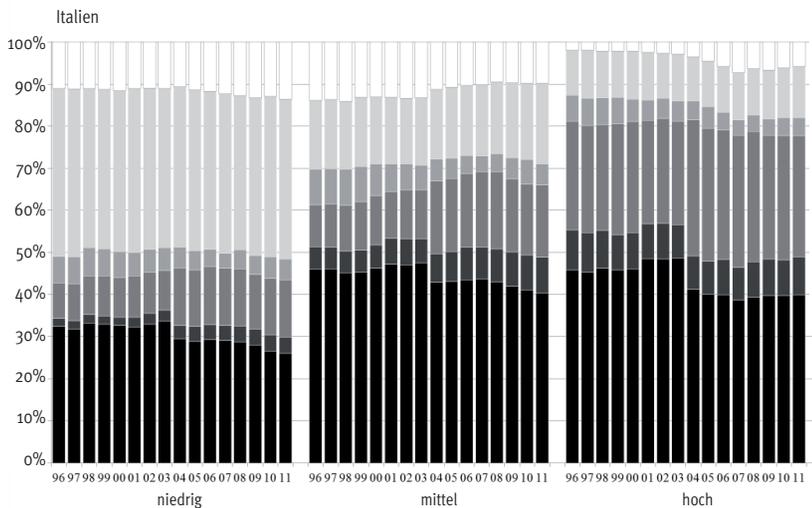
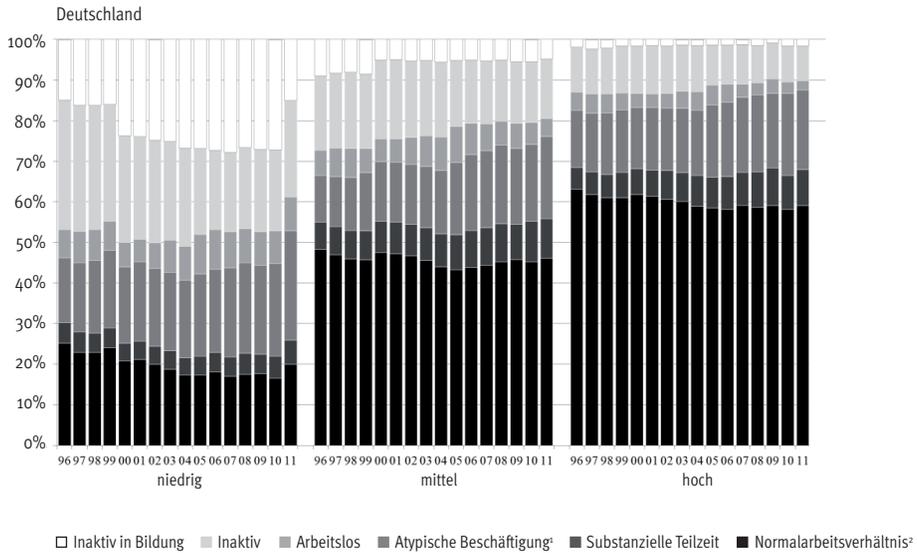
Anmerkungen:

<sup>1</sup> Die Gruppe der atypisch Beschäftigten umfasst Personen in marginaler Teilzeit, befristeter Beschäftigung in Voll- und Teilzeit sowie Soloselbstständigkeit.

<sup>2</sup> Zu der Gruppe der Personen mit einem Normalarbeitsverhältnis zählen auch Selbstständige.

rungen zwischen den drei Gruppen feststellen. Bei den mittel und den hoch Qualifizierten nimmt allerdings der Anteil von Soloselbstständigen deutlich zu. Dies deutet auf eine gewisse Diskrepanz zwischen Ausbildung und Beschäftigung hin, welche sicher durch duale Ausbildungen angeglichen werden könnte.

Abbildung 5: Beschäftigung in Deutschland und Italien, nach Bildungsniveau, 1996 – 2011



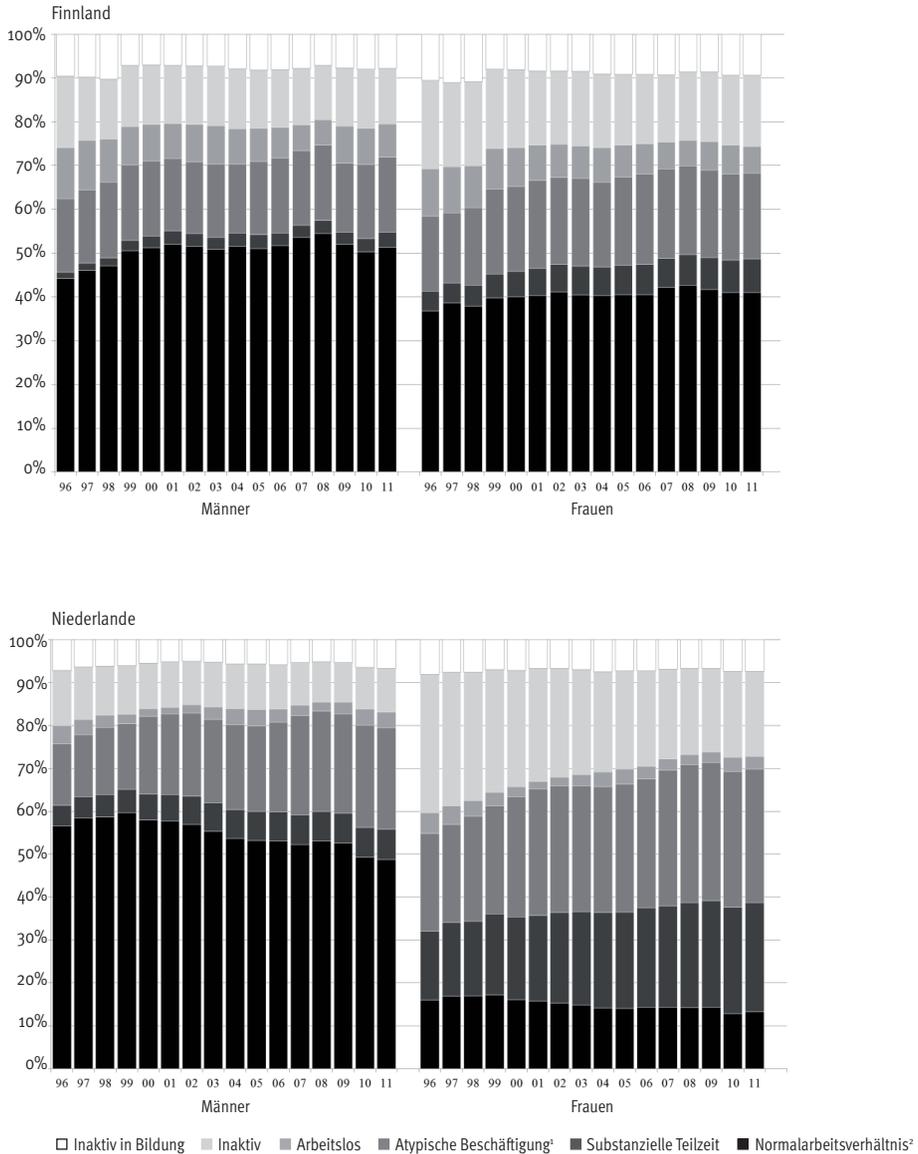
Anmerkungen:

<sup>1</sup> Die Gruppe der atypisch Beschäftigten umfasst Personen in marginaler Teilzeit, befristeter Beschäftigung in Voll- und Teilzeit sowie Soloselbstständigkeit.

<sup>2</sup> Zu der Gruppe der Personen mit einem Normalarbeitsverhältnis zählen auch Selbstständige.

Frauen sind häufiger atypisch beschäftigt als Männer. Auch hier zeigen sich wieder große Unterschiede zwischen den Ländern und belegen damit, dass Geschlechterregime politisch beeinflusst werden können. So sind im Jahr 2011 in den Niederlanden 80 Prozent der Männer und 70 Prozent der Frauen erwerbstätig (Abbildung 6).

Abbildung 6: Beschäftigung in den Niederlanden und Finnland, nach Geschlecht, 1996 – 2011



Anmerkungen:

<sup>1</sup> Die Gruppe der atypisch Beschäftigten umfasst Personen in marginaler Teilzeit, befristeter Beschäftigung in Voll- und Teilzeit sowie Soloselbstständigkeit.

<sup>2</sup> Zu der Gruppe der Personen mit einem Normalarbeitsverhältnis zählen auch Selbstständige.

Allerdings arbeiten 49 Prozent der Männer in Vollzeit, aber nur 13 Prozent der Frauen. In Finnland zeigt sich ein ganz anderes Bild. Dort sind 72 Prozent der Männer und 68 Prozent der Frauen erwerbstätig. Die Quoten bei der Vollzeitbeschäftigung weichen vergleichsweise wenig voneinander ab. 51 Prozent der Männer und 41 Prozent der Frauen sind in einem sogenannten Normalarbeitsverhältnis beschäftigt. Finnland gelingt es demnach, eine wesentliche höhere Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

### 3.4 Zusammenfassung

In den meisten Ländern stiegen die Erwerbsquoten. Die Ungleichheit zwischen den Ländern nimmt dadurch nicht ab. Dies gilt auch für die Art der Beschäftigung. In manchen Ländern ist die Erwerbsquote gering, fast alle Beschäftigten sind allerdings Vollzeit tätig. Andere Länder verzeichnen hohe Erwerbsquoten, wobei hier die verschiedenen Formen atypischer Beschäftigung besonders oft vertreten sind. Der Zusammenhang zwischen steigenden Erwerbsquoten und atypischer Beschäftigung ist dabei alles andere als zwingend. Die EU muss sich dieser Diskussion stellen. Sie formuliert Ziele, die sich auf die Erwerbsquoten beziehen und Beschäftigungsformen weitgehend unberücksichtigt lassen. Leicht kann man daraus schließen, dass jede Form der bezahlten Erwerbsarbeit besser ist als keine Erwerbsarbeit. Deshalb muss die EU deutlicher als bislang qualitative Ziele »guter Arbeit« definieren.

Soziale Ungleichheit im Zugang zu Beschäftigung nimmt zu. Menschen mit einem beruflichen oder einem Hochschulabschluss erzielen hohe Erwerbsquoten, Menschen mit niedriger Qualifikation bleiben zunehmend außen vor. Dies gilt für alle Arten von Beschäftigung. Dabei finden sich typische wie atypische Beschäftigungsverhältnisse eher bei hoch Qualifizierten und sind keinesfalls Merkmal von Menschen mit niedriger Qualifikation.

---

Der dauerhafte Ausschluss niedrig Qualifizierter führt zu individuellen Problemlagen, die auch an die Kinder weitergegeben werden. Der gesellschaftliche Schaden ist enorm.

---

Der zunehmende Ausschluss von niedrig Qualifizierten wiegt umso schwerer, als sich der Heirats- und Partnerschaftsmarkt über die Zeit geändert hat. Für die Partnerwahl wird der Bildungsstand wichtiger, denn Partner werden innerhalb der gleichen Bildungsgruppe gesucht.<sup>20</sup> Partnerschaften mindern damit nicht individuelle

Risiken, sie verschärfen diese deutlich. Ganze Haushalte und Familien werden von der Erwerbstätigkeit ausgeschlossen oder profitieren vom Zugang zu (doppelter) Erwerbstätigkeit. Die demografische Entwicklung spielt bislang keine große Rolle. Jugendliche mit niedriger Qualifikation haben selbst in Ländern mit geringer Fertilität kaum eine Chance. Dagegen schadet die Bildungsexpansion den gut Qualifizierten nicht. Zunehmend verdrängen sie niedrig Qualifizierte vom Arbeitsmarkt. Der dauerhafte Ausschluss niedrig Qualifizierter führt zu individuellen Problemlagen, die auch an die Kinder weitergegeben werden. Der gesellschaftliche Schaden ist enorm. Hier müssen wir präventiv durch Bildung und ausgleichend durch nachholende Bildungsangebote ansetzen. Diese müssen viel stärker als bislang individualisiert bereitgestellt und von allen Sozialpartnern gleichermaßen getragen werden.

## **4. Einkommen, Bildung und Beschäftigung**

Spricht man über soziale Ungleichheit, kommt dem Einkommen eine Hauptrolle zu. Trotz der hohen Relevanz von Bildung und Beschäftigung – letztlich braucht man Geld zum Leben. Einkommen ist somit die dritte Achse sozialer Ungleichheit – Achsen, die zwar statistisch korreliert, analytisch aber unabhängig voneinander zu betrachten sind.

### **4.1 Bildung sorgt für Einkommen, sofern Bildung vorhanden ist**

Bildung zahlt sich in allen EU-Ländern aus. Das Einkommen von Hochschulabgängern liegt über dem Einkommen von Menschen mit mittleren Qualifikationen, die ihrerseits meistens mehr als Menschen ohne beruflichen Abschluss verdienen (Abbildung 7).

Durchschnittlich verdienen Menschen mit niedriger Qualifikation in den EU-Ländern 15 Prozent weniger als Menschen mit mittlerer Qualifikation. In Deutschland, der Slowakei und Österreich ist diese Einkommensspreizung besonders hoch. Die Kehrseite der dualen Ausbildung wird sichtbar. Eine duale Ausbildung hilft, eine Beschäftigung aufzunehmen, und sichert zugleich den Einkommensabstand gegenüber niedrig Qualifizierten. In Finnland, Schweden, Griechenland, Zypern und Litauen findet sich dagegen nur eine geringe Einkommensspreizung zwischen niedrig und mittel Qualifizierten. Zwar sind die Erwerbsquoten von mittel Qualifizierten deutlich höher als von niedrig Qualifizierten, wenn Letztere aber einen Job finden, dann zu ganz ähnlichen Konditionen.

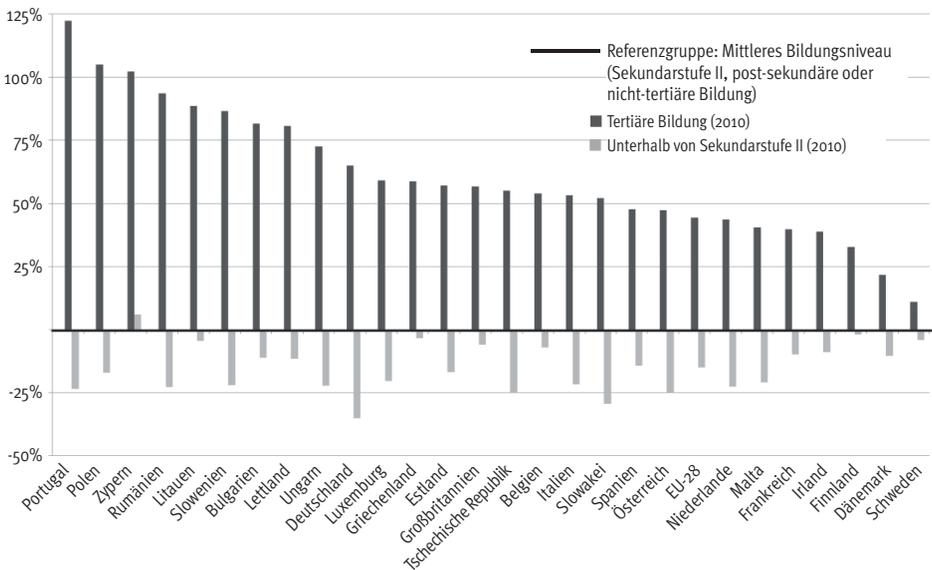
Abbildung 7 zeigt auch, dass sich das Einkommen zwischen hoch und mittel Qualifizierten deutlich stärker unterscheidet als zwischen mittel und niedrig Qualifizierten. Im EU-Durchschnitt verdienen Menschen mit hoher Bildung 44 Prozent mehr

als Menschen mit mittleren Qualifikationen. Die Bildungsrenditen sind in Portugal, Polen und Zypern besonders hoch. Hier erhalten Menschen mit hoher Bildung mehr als doppelt so viel wie jene mit mittlerer Qualifikation. Deutlich ist auch, dass eine akademische und eine duale Ausbildung zumindest in Deutschland und Österreich alles andere als gleichwertig sind. In Deutschland erzielen akademisch Qualifizierte ein um 65 Prozent höheres und in Österreich ein um 50 Prozent höheres Einkommen als beruflich Ausgebildete. Offenbar sind die akademische und die berufliche Ausbildung in diesen Ländern doch nicht so gleichwertig, wie Politiker immer wieder behaupten.

In Schweden, Dänemark und Finnland dagegen sind die Einkommensunterschiede zwischen den Bildungsgruppen sehr gering. Dieses Ergebnis widerspricht den wirtschaftstheoretischen Aussagen, nach denen ein hohes Bildungsniveau in der Bevölkerung nur erreicht werden kann, wenn entsprechende finanzielle Anreize gesetzt werden. Dänemark ist hier besonders interessant: Sein Ausbildungssystem schließt weder niedrig Qualifizierte aus, noch bevorzugt es akademisch Qualifizierte.

Im Allgemeinen wird die Polarisierung der Einkommen nach Bildung mit dem Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft erklärt. Deren Wertschöpfung durch Innovationen kommt nicht allen zugute, sondern ballt sich bei den hoch Qualifizierten. Zwischen 2006 und 2010 hat sich die Einkommensspreizung nach Qualifikation unterschiedlich entwickelt. In einigen Ländern nahmen die Einkom-

Abbildung 7: Relativer Stundenlohn von 25- bis 64-Jährigen, nach Bildungsniveau, 2010



Anmerkungen:

Die Daten beziehen sich auf Unternehmen mit mindestens 10 Angestellten und auf NACE Rev. 2 Sektionen B bis S ohne O.

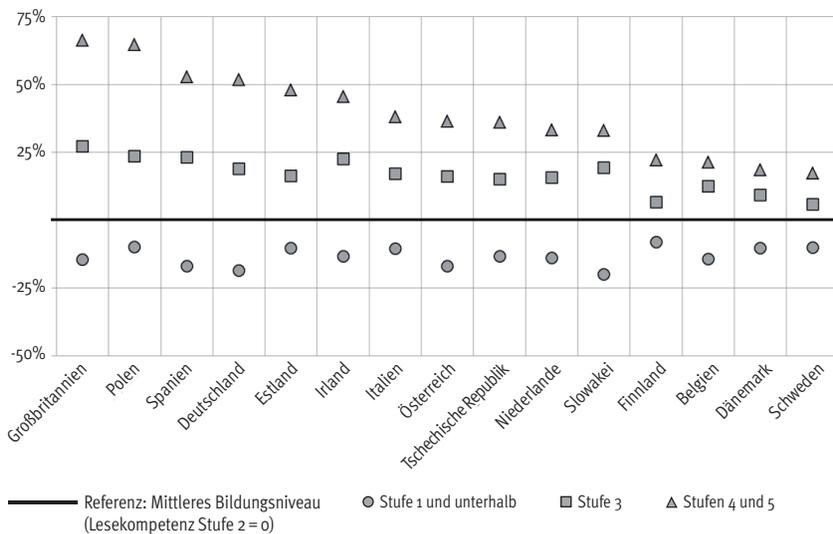
mensabstände zwischen niedrigen und hohen Qualifikationen zu, das ist insbesondere in Deutschland der Fall. Die niedrig Qualifizierten verlieren im Vergleich zu Menschen mit mittleren Qualifikationen 11 Prozentpunkte, die hoch Qualifizierten gewinnen, wiederum im Vergleich zu mittel Qualifizierten, 9 Prozentpunkte. Ein ganz anderes Bild zeigt sich zum Beispiel in Großbritannien. Hier verringert sich die Lücke zwischen niedrig und mittel Qualifizierten um 13 Prozentpunkte, die Lücke zwischen mittel und hoch Qualifizierten sogar um 21 Prozentpunkte.

*Haben Zertifikate ausgedient? Wird das Einkommen viel stärker durch die kognitiven Kompetenzen der Menschen geprägt?*

Die Informationen zur Höhe und Verteilung von Lesekompetenzen können in einigen EU-Ländern systematisch mit dem Arbeitseinkommen verbunden werden. In Abbildung 8 bezeichnet die dicke waagerechte Linie das Einkommen von Menschen mit einem Mindestmaß an Kompetenzen (vom PIAAC-Konsortium definiert durch Kompetenzstufe 2). Im Verhältnis hierzu werden die Einkommen von Menschen mit sehr niedrigen Kompetenzen (Stufe 1) bzw. mit höheren (Stufe 3) und sehr hohen Kompetenzen (Stufen 4 und 5) dargestellt.

In allen Ländern zeigt sich eine klare Struktur: Einkommen und Kompetenzen hängen eng miteinander zusammen. Allerdings unterscheidet sich die Größenordnung massiv zwischen den Ländern. In Großbritannien und Polen beziehen Menschen mit sehr hohen Kompetenzen ein um 65 Prozent höheres Einkommen als Menschen mit mittleren Kompetenzen. In Schweden, Dänemark, Belgien und Finnland beträgt

Abbildung 8: Relative Stundenlöhne, nach der PIAAC-Lesekompetenz, 2011



der Unterschied rund 20 Prozent. Im unteren Kompetenzbereich zeigt sich, dass in Deutschland Menschen mit niedriger Bildung 19 Prozent weniger, in Finnland dagegen nur 9 Prozent weniger als Menschen in der nächst höheren Kompetenzstufe verdienen.

---

In allen Ländern zeigt sich eine klare Struktur: Einkommen und Kompetenzen hängen eng miteinander zusammen.

---

Vergleicht man formale Bildungsabschlüsse und Kompetenzen in ihrem Einfluss auf das Einkommen, ergibt sich ein weitgehend kohärentes Bild. In Schweden, Dänemark, Belgien und Finnland ist die Einkommensspreizung nach Bildung gering, gleich ob man formale Bildungsabschlüsse oder Kompetenzen betrachtet. Ebenso ist die Einkommensspreizung nach Bildung in Großbritannien, Polen und Deutschland unabhängig vom Bildungsmaß relativ hoch. Nur ein einziges Land passt nicht in dieses Schema: Spanien. Hier richtet sich das Einkommen sehr stark nach Kompetenzen, Zertifikate machen dagegen kaum einen Unterschied. Zusammenfassend ist daher festzuhalten, dass die hohen Niveaueffekte in den Bildungsrenditen im Allgemeinen nicht darauf schließen lassen, dass Zertifikate ihren Wert verloren haben.

*Verliert Bildung ihren Wert, wenn viele Menschen gut gebildet sind?*

Oft wird argumentiert, dass Bildungsrenditen dann besonders hoch sind, wenn es nur wenige hoch Gebildete gibt. Was wenige haben, ist auf dem (Arbeits-)Markt ein besonders wertvolles Gut. Entsprechend sollten die Einkommensrenditen in Ländern mit hohem Akademikeranteil niedrig sein. Erklären sich so die Niveauunterschiede in den Bildungsrenditen? Zypern, Luxemburg und Großbritannien verzeichnen einen hohen Akademikeranteil und dennoch sehr hohe Bildungsrenditen. Ebenso haben Malta, Österreich und Italien nur wenige Hochschulabsolventen, die Bildungsrenditen sind dennoch nicht besonders hoch. In das prognostizierte Bild passen aber Schweden, Dänemark, Finnland und Belgien. Diese Länder haben einen hohen Anteil von Hochschulabsolventen, aber außerordentlich niedrige Bildungsrenditen. Portugal und Rumänien haben nur wenige Hochschulabsolventen und diese erzielen hohe Bildungsgewinne. Insgesamt muss man allerdings nicht befürchten, dass sich eine hohe Bildung dann nicht mehr lohnt, wenn viele Menschen gut gebildet sind.

Ein ähnliches Fazit ergibt sich, wenn man Kompetenzen betrachtet. Auch hier wäre zu vermuten, dass die Kompetenzrenditen dann besonders hoch ausfallen, wenn es nur wenige Menschen mit hohen Kompetenzen gibt. Dies ist nicht der Fall. So

liegen in Belgien über 12 Prozent der Bevölkerung auf den Kompetenzstufen 4 und 5, ihre Kompetenzrendite beträgt 21 Prozent. Großbritannien verzeichnet 13 Prozent Kompetenzreiche, deren Kompetenzrendite sich auf 66 Prozent beläuft. Offenbar spielt der institutionelle Rahmen für die Höhe der Bildungsrenditen eine größere Rolle als der Anteil der Absolventen.

*Erhöht sich die Einkommensspreizung, wenn mehr niedrig Qualifizierte erwerbstätig sind?*

Auf den Zusammenhang zwischen Einkommensspreizung und Beschäftigung von niedrig Qualifizierten wurde bereits mehrfach im Vergleich zwischen Deutschland und den USA hingewiesen. So stellten Katz und Murphy sowie Levy und Murnane für die 1990er Jahre fest, dass in den USA Menschen mit niedriger Bildung in der Regel einen Job finden – allerdings mit miserabler Bezahlung.<sup>21</sup> Entsprechend hoch ist dort die Lohnspreizung. In Deutschland werden niedrig Qualifizierte meist gleich ganz aus der Erwerbstätigkeit ausgeschlossen. Sie sind inaktiv oder in Langzeitarbeitslosigkeit und werden vom Staat alimentiert. Wenn niedrig Qualifizierte aber den Weg in Beschäftigung finden, dann zu den tariflich fixierten Löhnen eines regulierten Arbeitsmarktes. Allerdings hat sich mit der Agenda 2010 die Situation in Deutschland verändert; der Arbeitsmarkt ist heute weniger stark reguliert und damit eine angemessene Bezahlung nicht mehr garantiert. Kann man die Ergebnisse überhaupt auf die EU-Länder übertragen? Die starke Zunahme der Einkommensspreizung in einigen EU-Ländern, beispielsweise in Deutschland, ist nicht mit steigenden Erwerbsquoten niedrig Qualifizierter verbunden. Im Gegenteil. Deren Erwerbsquote ist mit der Zeit weiter gefallen. Nicht die Arbeitsmarktbeteiligung niedrig Qualifizierter bestimmt demnach das Ausmaß sozialer Ungleichheit. Vielmehr werden niedrig Qualifizierte zunehmend vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Arbeiten, die früher von ihnen ausgeführt wurden, übernehmen nun mittel Qualifizierte, wodurch sich die soziale Herabsetzung noch verschärft.

## **4.2 Einkommen und Geschlecht: Familienleben und Einkommensverteilung verändern**

Heute gibt es weniger Frauen als Männer mit niedrigen Abschlüssen und niedrigen Kompetenzen. Gleichmaßen haben in vielen EU-Ländern mehr Frauen als Männer eine hohe Bildung und hohe kognitive Kompetenzen. Wichtig ist auch, dass immer mehr Frauen ihre Bildung in Erwerbstätigkeit übersetzen. Dennoch liegt die Erwerbsbeteiligung von Frauen in allen Mitgliedstaaten der EU unter der von Männern. Zudem unterscheiden sich die Beschäftigungsformen von Männern und Frauen sehr. In allen EU-Ländern unterbrechen Frauen häufiger als Männer ihre Erwerbstätigkeit und arbeiten eher in atypischen Beschäftigungen, insbesondere in Teilzeit und befristet. Außerdem gehen Frauen früher als Männer in Rente, was die

Dauer ihrer Beschäftigung weiter verkürzt und sich negativ auf ihr Lebenseinkommen und die Höhe ihrer späteren Rentenzahlungen auswirkt.

Der durchschnittliche Unterschied zwischen den Stundenlöhnen von Frauen und Männern (Gender Wage Gap) liegt in der EU bei 16 Prozent. Zu Beginn des Erwerbslebens sind die Geschlechterunterschiede noch relativ niedrig und bauen sich dann mit der Zeit auf. Beispielsweise beträgt in Deutschland und Finnland die Einkommenslücke bei 25- bis 29-Jährigen 4 Prozent, bei 40- bis 44-Jährigen 22 Prozent und bei 55- bis 59-Jährigen sogar 31 Prozent.<sup>22</sup> In den oberen Einkommensstufen ist die Lücke besonders groß: Gerade Frauen in Führungspositionen haben also deutlich niedrigere Stundenlöhne als Männer in Führungspositionen.

---

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen liegt in allen Mitgliedstaaten der EU unter der von Männern. Zudem haben typische Frauenberufe meist ein niedrigeres Einstiegsgehalt und eine flachere Lohnprogression als typische Männerberufe.

---

Für diese Einkommenslücke benennt die Forschung ein ganzes Bündel von Ursachen. Viele Berufe werden überwiegend von Männern ausgeübt, andere vor allem von Frauen (horizontale Segregation). Auch sind insbesondere Frauen im öffentlichen Sektor beschäftigt. Typische Frauenberufe haben meist ein niedrigeres Einstiegsgehalt und eine flachere Lohnprogression als typische Männerberufe.<sup>23</sup> Während das Recht auf »gleichen Lohn für gleiche Arbeit« meist fest verankert ist, ist das Prinzip »gleicher Lohn für vergleichbare Arbeit« vielfach nicht durchgesetzt. Zudem sind in allen EU-Ländern wesentlich mehr Männer als Frauen in Führungspositionen (vertikale Segregation), in denen die Einkommensunterschiede wie gesagt besonders ausgeprägt sind. Dies liegt unter anderem daran, dass Unterbrechungen der Erwerbsarbeit und eine Reduktion der Arbeitszeit finanziell hart bestraft werden. Durch Erwerbsunterbrechungen gerät die Karriere ins Stocken; in Teilzeit bekommt man keine Führungspositionen angeboten.<sup>24</sup>

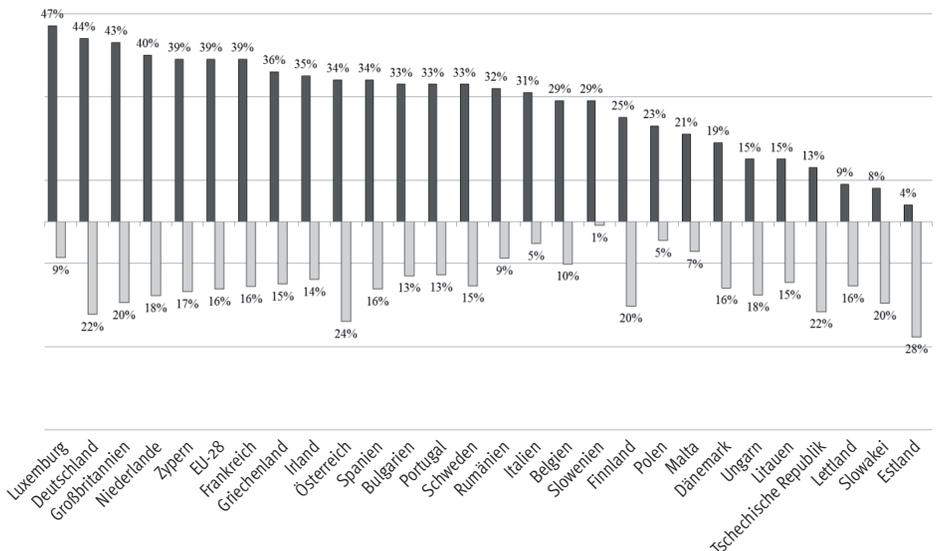
Allerdings lässt sich der Gender Wage Gap nicht ausschließlich mit dem Erwerbsverlauf, beruflichen Merkmalen, der Arbeitszeit oder der Ausbildung erklären. Die Familien-, Arbeits- und Steuerpolitik der Länder spielen eine wesentliche Rolle.<sup>25</sup> So ist der Lohnabstand umso niedriger, je mehr Kinder außerhäuslich betreut werden. Umgekehrt vergrößert sich das geschlechtsspezifische Lohngefälle, je länger bezahlter Elternurlaub gewährt wird.<sup>26</sup> Länder mit unregulierten Arbeitsmärkten haben ebenfalls wesentlich höhere Lohndifferenzen als Länder mit regulierten Arbeitsmärkten.

Die Erwerbsverläufe bestimmen auch die finanzielle Situation der Menschen im Alter, denn die meisten Renten berechnen sich nach der Erwerbsdauer und dem durchschnittlich erzielten Einkommen. Die Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern wird damit auch zu einer Rentenlücke. Diese besteht über viele Jahre: 60-jährige Frauen schauen im Durchschnitt auf weitere 22,5 Lebensjahre, Männer in dem Alter auf weitere 18,5 Jahre.<sup>27</sup> Über die Länder der EU hinweg beträgt die Rentenlücke zwischen den Geschlechtern 39 Prozent. Insbesondere in Luxemburg (47 Prozent), Deutschland (44 Prozent) und Großbritannien (43 Prozent) liegt die Höhe der Renten von Frauen und Männer weit auseinander. In den osteuropäischen Ländern Estland (4 Prozent), Slowakei (8 Prozent) und Lettland (9 Prozent) ist der Abstand dagegen gering.

Wir müssen die Erwerbsarbeit von Männern reduzieren und zugleich bezahlte wie unbezahlte Arbeit zwischen Frauen und Männern umverteilen.

Abbildung 9 zeigt die geschlechtsspezifische Rentenlücke (oberhalb der horizontalen Achse) und die Einkommenslücke (unterhalb der horizontalen Achse). Es lassen sich deutlich zwei Gruppen von Ländern unterscheiden. Zur ersten Gruppe

Abbildung 9: Rentenlücke und Einkommenslücke nach Geschlecht



■ Geschlechtsspezifische Rentenunterschiede: Rentner ab einem Alter von 65 Jahren □ Geschlechtsspezifisches Verdienstgefälle (ohne Anpassungen)

gehören Estland, die Slowakei, Lettland, die Tschechische Republik, Litauen, Ungarn und Dänemark. In diesen Ländern ist die Rentenlücke gering trotz einer großen Einkommenslücke, denn sie kombinieren in ihren Rentensystemen eine staatlich garantierte Rente in gleicher Höhe für alle mit einer verpflichtenden Betriebsrente und einer freiwilligen Vorsorge. Dagegen setzen die Länder der zweiten Gruppe beim Rentensystem auf das Sozialversicherungsprinzip, wodurch die Situation am Arbeitsmarkt nicht nur reproduziert, sondern sogar verstärkt wird. Entsprechend größer ist die Rentenlücke gegenüber der Einkommenslücke in diesen Ländern.

Wie entwickeln sich die Rentenzahlungen über die Zeit? Wenn man die steigende Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen betrachtet, könnte sich die geschlechtsspezifische Rentenlücke im Laufe der Jahre verringern. Oder vergrößert sich die Rentenlücke mit zunehmender Teilzeitbeschäftigung in deregulierten Arbeitsmärkten?

Untersuchungen zeigen, dass sich die Rentenlücke mit der Zeit verstärkt hat.<sup>28</sup> Bei 65- bis 80-jährigen Frauen und Männern beträgt die Rentenlücke im Schnitt 41 Prozent, bei über 80-Jährigen dagegen 33 Prozent. Die Unterschiede sind insbesondere in den Ländern groß, in denen Teilzeitbeschäftigung genauso lange zum Lebensalltag von Frauen gehört wie ihre eigenständige finanzielle Absicherung. Im Kern gehen die Einkommens- und Rentensituation der Frauen aber auf Abweichungen von einer zentralen Norm unserer Arbeitswelt zurück: der allzeitigen Verfügbarkeit.<sup>29</sup> Männer arbeiten überwiegend in Vollzeit, während Frauen ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen und in Teilzeit tätig sind. Dadurch entstehen bei Frauen einschneidende Lohneinbußen. Diese würden wesentlich geringer ausfallen, wenn sich die Erwerbsverläufe von Männern und Frauen mehr ähneln würden. Mit einer sich über das ganze Leben erstreckenden, ununterbrochenen Erwerbsarbeit aller Menschen im erwerbsfähigen Alter wäre dieses Ziel zu erreichen. Dadurch ließen sich die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern abbauen und Quotierungen wären mit der Zeit überflüssig. Diesem Weg zu folgen, hieße aber auch, die Familienzeit grundlegend umzugestalten. Insofern schlagen wir vor, einen anderen Weg hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit im Einkommen zu gehen. Wir müssen die Erwerbsarbeit von Männern reduzieren und zugleich bezahlte wie unbezahlte Arbeit zwischen Frauen und Männern umverteilen.

### **4.3 Zusammenfassung**

Bildung ist der Schlüssel zu einem guten Job und einem guten Einkommen. Niedrig Qualifizierte haben es daher besonders schwer. Nur den skandinavischen Ländern gelingt es, dass auch niedrig Qualifizierte durch eigener Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen können. Doch alle Länder der EU müssen die Zahl der Personen ohne ausreichende Schul- und Ausbildung reduzieren und dadurch die soziale Ungleichheit abbauen.

Eine weitere Herausforderung stellt die Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern dar. Die EU-Länder verfolgen prinzipiell die gleichen Werte und fordern die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen und deren eigenständige Absicherung. Dennoch sind die Frauen überproportional stark gefährdet, im Niedriglohnbereich zu arbeiten und im Alter keine ausreichende Rente zu erhalten. Staatliche Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie das Elterngeld oder Teilzeitarbeit, müssen so aufgebaut sein, dass sie nicht primär auf Frauen zielen und damit Geschlechterunterschiede bei der unbezahlten Zeit und der Entlohnung der bezahlten Zeit noch vergrößern. Dafür sind grundlegende Veränderungen im Sozialverhalten über alle EU-Länder hinweg erforderlich.

## 5. Finanzielle Ungleichheit

Bisher haben wir in diesem Bericht Bildung, Beschäftigung und Einkommen aus der Perspektive eines Lebensverlaufs betrachtet. Nun wechseln wir von der individuellen zur gesellschaftlichen Ebene. Wir konzentrieren uns auf finanzielle Ungleichheit und untersuchen, wie ungleich Einkommen und Vermögen innerhalb der EU-Länder und zwischen ihnen verteilt sind. Nicht nur in Europa haben es Regierungen bisher versäumt, bei der Einkommensverteilung regulierend einzugreifen, obwohl ihnen dafür wirksame Instrumente wie die Besteuerung zur Verfügung stehen. Politiker haben sich gescheut, den Aufbau von hohen oder sehr hohen Einkommen sowie Vermögen zu begrenzen, und setzen stattdessen auf den Einfluss des aktivierenden Sozialstaats.

.....

Nicht nur in Europa haben es Regierungen bisher versäumt, bei der Einkommensverteilung regulierend einzugreifen, obwohl ihnen dafür wirksame Instrumente wie die Besteuerung zur Verfügung stehen.

.....

Im Folgenden gehen wir zunächst auf das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen und das durchschnittliche Vermögen in den Ländern der EU ein. Allerdings ist damit noch nichts zur Verteilung dieser Ressourcen gesagt. Dafür wenden wir uns den relativen Verteilungen im nationalen Kontext zu und betrachten hier den Gini-Koeffizient sowie die Anteile der Einkommen und Vermögen im obersten Zehntel der Einkommensverteilung. Diese relativen Maßzahlen geben für sich allein genommen jedoch keinerlei Information über den Lebensstandard. Um Aussagen über diesen treffen zu können verbinden wir daher Informationen zum Lebensstandard mit Maßzahlen der finanziellen Ungleichheit. Wie wir später sehen werden gibt es beispielsweise Länder mit geringer Ungleichheit, deren Bevölkerung sehr

arm ist. Gleichermaßen können Länder ihren durchschnittlichen Lebensstandard erhöhen und dennoch sozial ungleicher werden. Wenn wir also die Entwicklung der finanziellen Ungleichheit betrachten, müssen wir auch die Höhe und die Verteilung von Einkommen und Vermögen in den Blick nehmen.

## **5.1 Die großen Unterschiede in den Brutto- und Nettoeinkommen der EU-Länder**

Die Berichterstattung über das Einkommen ist schwierig. Bruttoarbeitseinkommen und verfügbares Einkommen unterscheiden sich fast immer erheblich. Studien arbeiten meist mit den Nettoeinkommen, welche die Mechanismen der Umverteilung durch die jeweiligen Abgabensysteme (insbesondere Steuern und Sozialbeiträge) ebenso berücksichtigen wie Transferleistungen, etwa Kinder-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosengeld. Die Wirkung indirekter Steuern sowie Realtransfers bleiben dabei außen vor. Des Weiteren muss man zwischen dem Einkommen eines einzelnen Menschen und dem Haushaltseinkommen unterscheiden. Das individuelle Einkommen kann zwar niedrig, der Lebensstandard aber hoch sein, wenn andere Haushaltsmitglieder finanziell gut gestellt sind und ihr Einkommen mit den anderen teilen.

Im Durchschnitt aller EU-Länder liegt das Bruttojahreseinkommen aus Arbeit bei 31.000 Euro. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind nach den vorliegenden Einkommensstatistiken immens. In Dänemark beträgt der Durchschnittsverdienst 55.000 Euro, in Bulgarien 5.000 Euro. Hier, wie auch in einigen anderen neuen Mitgliedsländern, kann man aber aufgrund einer mitunter ausgeprägten Schattenwirtschaft nur mit Vorsicht auf den tatsächlichen Lebensstandard schließen. Sind die Unterschiede zwischen den Ländern geringer, wenn wir das Nettojahreseinkommen betrachten, also die Beträge, über die die Menschen tatsächlich verfügen? Dies lässt sich generell nicht sagen. Nettoeinkommen beziehen sich immer auf die jeweilige Haushaltssituation, sodass wir spezifische Haushaltskonstellationen vergleichen müssen. Wir betrachten verheiratete Paare ohne Kinder und mit Kindern, jeweils sind beide Partner erwerbstätig, und beziehen das jeweilige Durchschnittseinkommen von Männern bzw. Frauen mit ein. In beiden Konstellationen ist in den EU-Ländern die Spanne der Nettoeinkommen etwa so hoch wie die Spanne der Bruttoeinkommen. Eine Konvergenz der Einkommensspreizung in Europa ergibt sich trotz (oder wegen) deutlich unterschiedlicher Abgabensätze nicht. Bei verheirateten Paaren ohne Kinder reichen die Abgaben von gut 17 Prozent in Malta bis zu knapp 43 Prozent in Belgien. Bei Paaren mit Kindern liegen die Abgaben niedriger und reichen von etwa 13 Prozent in Irland bis 38 Prozent in Belgien. Die Höhe der Bruttoeinkommen und die Abgabensätze korrelieren dabei nur schwach positiv.

In der Tendenz haben jüngere EU-Mitgliedstaaten niedrigere Abgabensätze als ältere. Sozialpolitische Länderregimes lassen sich nicht eindeutig identifizieren. Zwar sieht man bei skandinavischen Ländern deutliche Steuererleichterungen für Familien mit Kindern. Dies ist allerdings kein Alleinstellungsmerkmal sozialdemokratischer Länder. Auch liberale Wohlfahrtsstaaten entlasten Paare mit Kindern deutlich. Großbritannien liegt im Vergleich der EU-Länder auf Platz 7 beim Bruttoeinkommen, aber auf Platz 3 beim Nettoeinkommen von Paaren mit zwei Kindern. Ebenso bedeutsam wie die Unterstützung von Paaren mit Kindern sind Anreize oder Hindernisse für die Erwerbstätigkeit beider Partner. Erhalten Paare, in denen ein Partner den durchschnittlichen, der andere aber »nur« ein Drittel des durchschnittlichen Lohns (etwa aufgrund von Teilzeitarbeit) bezieht, überproportional hohe Steuererleichterungen? Dies ist in allen Ländern der Fall, die das Einkommen beider Partner zunächst zusammenfassen und dann splitten, wie Deutschland und Belgien. Verdient der Ehemann 3.000 Euro, seine Frau aber nur 1.000 Euro, so werden bei beiden 2.000 Euro steuerlich veranlagt. Der Mann spart Steuern, die Frau zahlt höhere Steuern. Aufgrund des progressiven Steuersystems zahlen sie zusammen weniger als bei einer individuellen Besteuerung. In den meisten skandinavischen Ländern, aber nicht nur in diesen (etwa Spanien) ist das nicht der Fall. Solche steuerlichen »Anreize«, die Erwerbstätigkeit niedrig zu halten, schwächen die Position von Frauen und gefährden deren eigenständige Absicherung.

## 5.2 Das Problem steigender Ungleichheit bei den Einkommen

Die Einkommensverteilung wird meist mithilfe der *verfügbaren* Einkommen und deren Verteilung *innerhalb* der EU-Länder gemessen. Zum verfügbaren Einkommen gehören Einkommen aus Arbeit und Vermögen sowie monetäre Transfers. Als Verteilungsmaß zieht man üblicherweise den Gini-Koeffizienten heran. Dieser liegt zwischen den Grenzwerten 0 und 1, wobei 1 eine extrem hohe Ungleichverteilung in den Einkommen und 0 eine Gleichverteilung der Einkommen anzeigt.<sup>30</sup>

Abbildung 10 belegt für das Jahr 2010, dass das verfügbare Einkommen (Quadratrate) in Ländern wie Großbritannien, Portugal, Griechenland, Lettland, Rumänien, Litauen, Bulgarien und Polen stark ungleich verteilt ist (Gini-Werte zwischen 0,34 und 0,36). In den nordischen Staaten (Schweden, Dänemark, Finnland), in einigen kontinentaleuropäischen Staaten (Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich) und in der Slowakei, Tschechischen Republik, Slowenien und Irland ist das verfügbare Einkommen dagegen relativ gleich verteilt (Gini-Werte zwischen 0,22 und 0,25). Neben der Verteilung der verfügbaren Einkommen ist auch die Verteilung der Bruttoeinkommen abgetragen (Kreise). Die Differenz zwischen diesen beiden Verteilungen sagt etwas über den Grad der Umverteilung der Einkommen durch die Steuer- und Sozialleistungssysteme in den Ländern aus.<sup>31</sup> Demnach helfen Steuern und Sozialleistungen in allen Ländern dabei, die Ungleichheit zu verringern, insbe-

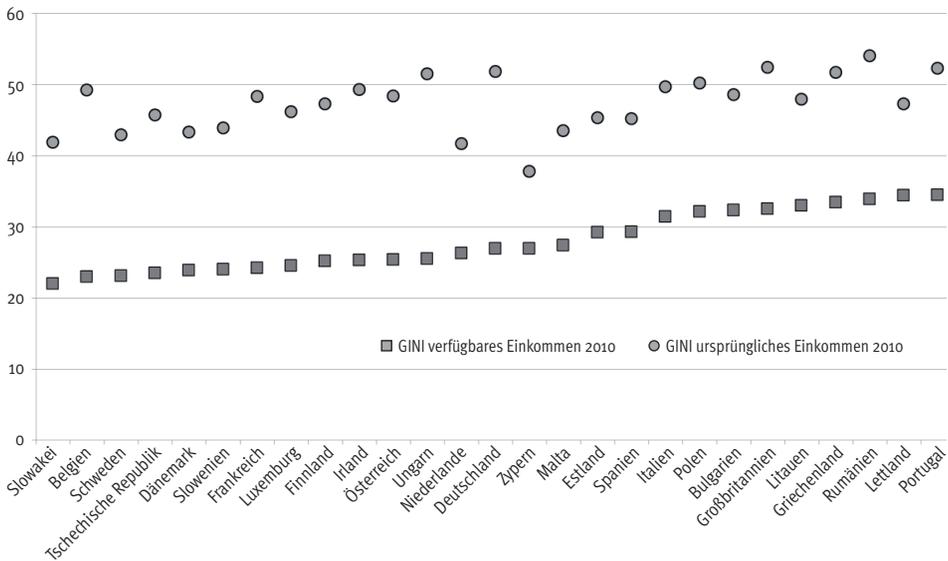
sondere wird dies in Belgien, Ungarn, Deutschland, Frankreich und Irland deutlich. Eine geringere Umverteilung findet dagegen in Zypern, Lettland, Litauen und den Niederlanden statt.

Vergleicht man das durchschnittliche Bruttoeinkommen mit der Einkommensungleichheit im verfügbaren Einkommen, so zeigt sich für die EU-Länder ein signifikanter negativer Zusammenhang. Mit anderen Worten: In Ländern mit hohem Durchschnittseinkommen ist die soziale Ungleichheit tendenziell geringer ausgeprägt. Finnland, Belgien, Schweden, Österreich und die Niederlande erzielen ein hohes Bruttoeinkommen, welches zugleich mit einer relativ gleichen Einkommensverteilung einhergeht. In Lettland, Litauen, Bulgarien und Rumänien ist der Lebensstandard im Durchschnitt sehr niedrig und die Schere zwischen Arm und Reich klafft besonders weit auseinander. Diese Zusammenhänge verdeutlichen, dass ein hoher Lebensstandard für alle durchaus erreichbar ist.

### Finanzielle Ungleichheit und Bildungsungleichheit

Ein Blick auf die Wechselbeziehung zwischen der finanziellen Ungleichheit und der Ungleichheit der Bildungsniveaus in den EU-Ländern führt zur gleichen Schlussfolgerung. Über alle EU-Länder hinweg gilt: Je niedriger die Bildungsungleichheit, desto niedriger ist auch die finanzielle Ungleichheit. So finden sich in der Slowakei und der Tschechischen Republik eine geringe finanzielle und Bildungsungleichheit,

Abbildung 10: Gini-Koeffizient vor und nach Steuern und sozialen Transfers, 2010



Anmerkung: Für eine bessere Lesbarkeit wurden die Werte des Gini-Koeffizienten zwischen 0 und 100 abgetragen, wobei 100 eine extreme hohe Ungleichheit markiert und 0 eine Gleichverteilung anzeigt.

wohingegen in Spanien, Großbritannien, Italien, Polen und Frankreich die finanzielle und die Bildungsungleichheit sehr ausgeprägt sind. Bei der Bewertung dieser Zusammenhänge sollte man allerdings immer auch den Lebensstandard eines Landes im Auge behalten. In der Slowakei ist der Gini-Wert außerordentlich gering, die Arbeitsmarktbeteiligung und das Bildungsniveau sind nicht besonders hoch, und der Lebensstandard ist vergleichsweise niedrig. Schwedens Gini-Wert entspricht in etwa dem der Slowakei, aber Schweden ist ein sehr wohlhabendes Land mit einer hohen Beschäftigungsquote und hohem Bildungsniveau.

---

Über alle EU-Länder hinweg gilt: Je niedriger die Bildungsungleichheit, desto niedriger ist auch die finanzielle Ungleichheit.

---

#### *Veränderungen der finanziellen Ungleichheit über die Zeit*

Im EU-Durchschnitt bleibt der Gini-Wert zwischen 2005 und 2013 zwar unverändert bei 0,31, dahinter liegen aber massive Verschiebungen. Polen, Großbritannien, Belgien, Irland, die Slowakei und die Niederlande konnten die Verteilung des verfügbaren Einkommens deutlich angleichen. In Bulgarien, Zypern, Spanien und Rumänien ist die Ungleichheit dagegen stark gestiegen. Dies lässt sich nur teilweise auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zurückführen: Eine Zunahme der Einkommensungleichheit sieht man auch in Ländern, die relativ gut durch die Krise gekommen sind, so in Deutschland, Dänemark, Luxemburg und Schweden. Ebenso lässt sich die Annahme nicht bestätigen, dass gerade Länder mit einem ursprünglich niedrigen Gini-Wert im Laufe der Zeit ungleicher geworden sind. Finnland, die Tschechische Republik und Slowenien konnten ihre niedrigen Werte durchaus halten, während die Ungleichheit in Dänemark, Bulgarien und Deutschland teilweise deutlich gestiegen ist. Die vergleichende Literatur hat auf verschiedene Ursachen für diese Entwicklung hingewiesen: Veränderungen in den Ausgangshöhen der Einkommen, in der Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaats und der Tarifverträge. So ist in Ländern mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad die Lohnspreizung niedrig, folglich könnte die wachsende Ungleichheit auch auf einen Rückgang der Tarifbindung zurückzuführen sein.<sup>32</sup>

#### *Die Konzentration von Geld an der Spitze*

Alternativ lässt sich Einkommensungleichheit an der Konzentration der Bevölkerung im obersten Einkommensdezil messen. Dafür wird die Einkommensverteilung in der Bevölkerung in zehn Einkommensgruppen (Dezile) aufgeteilt und untersucht, wie hoch der Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen im obersten Dezil ist. Mithilfe der Einkommensteuerdaten stellten Thomas Piketty und sein Team inter-

nationaler Ökonomen die World Top Incomes Database (WTID) zusammen, die es Forschern erlaubt, Einkommen und Vermögen über einen langen Zeitraum hinweg in vielen Ländern zu analysieren.<sup>33</sup> Eines der wichtigsten Ergebnisse der WTID ist, dass sich die Entwicklung der höchsten Einkommen im letzten Jahrhundert konkav, also wie eine umgekehrte u-förmige Kurve darstellen lässt. So wurden in den letzten 30 Jahren über 15 Prozent des US-Gesamteinkommens von dem untersten Dezil der Verteilungskurve in das oberste Dezil verschoben. Das oberste Dezil der Einkommensverteilung konzentrierte zwischen 1976 und 2007 etwa 60 Prozent des gesamten Einkommenswachstums auf sich.<sup>34</sup> Wirtschaftliche Schwächen und Währungskrisen führten zwar zwischenzeitlich zu einem geringfügigen Rückgang der Einkommenskonzentration, doch es dauerte meist nicht lange, bis diese ihr ursprünglich hohes Niveau wieder erreicht hatte.

Diese Trends können teilweise auch für Europa gezeigt werden. Für Großbritannien ergibt sich beispielsweise eine weniger ausgeprägte u-förmige Kurve, in Deutschland ist diese Kurve noch schwächer ausgeprägt. In Frankreich fiel die Einkommenskonzentration an der Spitze zwischen den späten 1930er und den frühen 1940er Jahren von 47 auf 29 Prozent. In den 1960er Jahren stieg sie dann auf 37 Prozent und erreichte damit einen höheren Wert als in den USA zu dieser Zeit. Bis 1980 sank die Einkommenskonzentration in Frankreich dann wieder und liegt seitdem stabil bei etwa 33 Prozent – dem niedrigsten Anteil unter den vier Ländern. Im Jahr 2010 verdiente das oberste Zehntel in den USA 47 Prozent der Einkommen, in Großbritannien 42 Prozent, in Deutschland 36 Prozent und in Frankreich wie gesagt 33 Prozent.

Obwohl sich Technologien und Produktivität in diesen Ländern sehr ähnlich entwickelt haben, ergeben sich unterschiedliche Muster der Einkommensungleichheit. Offensichtlich spielen institutionelle und politische Faktoren hierbei eine wesentliche Rolle. Betrachten wir beispielsweise das Steuersystem. Der Spitzensteuersatz liegt in Frankreich bei 49 Prozent und damit höher als in Deutschland (45 Prozent), Großbritannien (40 Prozent) und den USA (35 Prozent). Die Besteuerung hoher Einkommen hat sich schon in der Vergangenheit als ein wirksames Instrument erwiesen, mehr Gleichheit herzustellen, und sollte daher von Politikern wieder herangezogen werden, um Ungleichheiten tatsächlich zu mildern.

### **5.3 Die alarmierende Konzentration von Vermögen in Europa**

Vermögen setzt sich aus der Summe der Finanz- und Realvermögen abzüglich aller Verbindlichkeiten zusammen.<sup>35</sup> Die durchschnittlichen Vermögenswerte unterscheiden sich erheblich zwischen den Ländern. Der Medianwert reicht von 51.400 Euro in Deutschland bis zu 397.800 Euro in Luxemburg. Beim Mittelwert sind die Abstände sogar noch größer; die Werte liegen zwischen 79.700 Euro und 710.100

Euro.<sup>36</sup> Diese Abweichungen werden mit einer Reihe von Faktoren erklärt. Dazu zählen insbesondere Wohneigentum, Einkommen und institutionelle Rahmenbedingungen wie Steuersysteme. Auf der individuellen Ebene muss zudem das Alter berücksichtigt werden: In Haushalten mit einer Bezugsperson zwischen 55 und 64 Jahren ist das Vermögen am höchsten und in Haushalten mit einer Bezugsperson von 35 Jahren am niedrigsten. Rentner machen 32 Prozent der Bevölkerung aus und halten im Schnitt einen Anteil von knapp 35 Prozent am Gesamtvermögen.

### *Wohneigentum*

In der EU beträgt das durchschnittliche Vermögen von Hausbesitzern 217.600 Euro gegenüber 9.100 Euro von Personen ohne Wohneigentum. 60 Prozent der Haushalte in der EU leben im eigenen Heim. In der Slowakei sind es sogar 90 Prozent, in Slowenien 82 Prozent und in Spanien 83 Prozent. Dagegen besitzen in Deutschland und Österreich weniger als die Hälfte aller Haushalte eine Wohnung oder ein Haus. Diese großen Abweichungen entstehen durch verschiedene institutionelle Faktoren. Die Wohneigentumsquote wird beispielsweise durch fehlende Sozialwohnungen, fehlende Abschreibungsmöglichkeiten und eine zu geringe gesicherte Altersvorsorge gesenkt. In Ländern, die die gesamte Rente bei Rentenantritt sofort auszahlen, verfügen die Menschen über weniger Vermögen als in Ländern mit einem kontenbezogenen Rentensystem.

Dieser enge Zusammenhang zwischen Vermögen und Wohneigentum kann sich als problematisch erweisen: Häuser sind Waren, die hauptsächlich auf dem Binnenmarkt gehandelt werden, und deren Werte somit wirtschaftlichen Schwankungen unterliegen. Der Vermögensanteil unterscheidet sich entsprechend zwischen Mietern und Hausbesitzern und somit zwischen jungen Leuten, die auf ein eigenes Haus sparen, und älteren Menschen, die bereits ihr Haus besitzen. In Ländern mit hohen Eigentumsraten und wenig Mietwohnungen wird der hohe Anteil von Wohneigentum zudem zum Mobilitätshindernis. Junge Menschen leben vergleichsweise länger zu Hause und ziehen nicht in Regionen mit besseren Beschäftigungschancen um. Sie neigen auch dazu, erst dann eine Familie zu gründen, wenn sie ein eigenes Haus besitzen.

### *Einkommen und Vermögen*

Einkommen korreliert systematisch mit Vermögen, obgleich sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern zeigen. In Deutschland, Österreich, Finnland und den Niederlanden werden vergleichsweise hohe Einkommen erzielt, die Vermögen rangieren aber unter dem EU-Durchschnitt. In Malta und Zypern liegt dagegen das Vermögen weit über dem Einkommen. Wieder spielen Wohneigentum und Haushaltsgröße eine wichtige Rolle.

In jüngster Zeit wurde die Vermögensfrage in den wissenschaftlichen und öffentlichen Medien heftig diskutiert. Thomas Piketty hat gezeigt, dass die Vermögen in vielen Ländern schneller gestiegen waren als das Bruttoinlandsprodukt, was größere Ungleichheit bedeutet.<sup>37</sup> In den USA und vielen europäischen Ländern wiegt Vermögen mehr als eigene Arbeit, wodurch sich die Ungleichheit weiter verschärft. In Europa erzielen die obersten 10 Prozent aller Haushalte 31 Prozent des Gesamteinkommens, verfügen aber über mehr als 50 Prozent des Gesamtvermögens.

---

In Deutschland und Österreich besitzen die reichsten 5 Prozent der Bevölkerung ungefähr 45 Prozent des Gesamtvermögens, während auf die untersten 50 Prozent weniger als 3 Prozent entfallen.

---

Die Vermögensungleichheit schwankt deutlich zwischen den EU-Ländern. Die niedrigste Ungleichheit (Gini-Wert des Vermögens zwischen 0,40 und 0,60) findet sich in der Slowakei, in Slowenien und in Griechenland, die höchste in Österreich und Deutschland (Gini-Wert über 0,70). Obwohl in diesen beiden Ländern also der Vermögensstand vergleichsweise gering ist, ist der Vermögensanteil der Reichen hoch. In Deutschland und Österreich besitzen die reichsten 5 Prozent der Bevölkerung ungefähr 45 Prozent des Gesamtvermögens, während auf die untersten 50 Prozent weniger als 3 Prozent entfallen.

Mit der Zeit hat die Vermögensungleichheit deutlich zugenommen. Dies belegen die Analysen von Piketty und Zucman (2013) auf Grundlage der WTID.<sup>38</sup> Sie untersuchten den Vermögensaufbau in Australien, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan und den USA. Demnach sank der Vermögensstand in den untersuchten europäischen Ländern vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1950er Jahre zunächst, stieg dann aber wieder deutlich an. Vergleicht man die langfristige Entwicklung der Einkommenskonzentration mit der Vermögenskonzentration, so zeigt sich für die USA eine deutliche Konzentration von Einkommen, die weit über der Vermögensbildung liegt. In Europa ist die Einkommenskonzentration weniger stark ausgeprägt, dafür ist die Vermögenskonzentration wesentlich höher.

#### **5.4 Auf der dunklen Seite: Armut in der EU**

Im Jahr 1985 einigte sich der EU-Ministerrat auf eine Definition von Armut, nach der zu den Armen diejenigen Personen zählen, die nur über so geringe Mittel (materielle, kulturelle und soziale) verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum hinnehmbar ist.

In der neuen EU-Wachstumsstrategie Europa 2020, die seit Juni 2010 die Lissabon-Strategie abgelöst hat, verständigte sich die Europäische Kommission auf drei Indikatoren zur Messung von Armut: (1) eine relative Definition, nach der die Armutsgefährdungsgrenze bei 60 Prozent des Medianeinkommens eines Landes liegt, (2) eine absolute Definition, die den Mangel an materiellen Gütern misst, und (3) die Zahl der Haushalte, in der alle Familienmitglieder arbeitslos sind.

Wir konzentrieren uns hier auf die relative Definition von Armut. Von relativer Armut sind Frauen und Männer betroffen, denen pro Haushalt im Jahr weniger als 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens zur Verfügung steht. Personen mit einem Einkommen unterhalb dieser Schwelle gelten als armutsgefährdet. Der Begriff *arm* wird in diesem Zusammenhang nicht verwendet, da es neben Einkommen noch andere Faktoren gibt, die zur sozialen Ausgrenzung führen können. Neben dieser 60-Prozent-Grenze folgen einige Studien einer strengeren (40 oder 50 Prozent des Medianeinkommens) oder einer lockeren (70 Prozent des Medianeinkommens) Definition. Diese Vielzahl von Definitionen deutet darauf hin, dass die von der Europäischen Kommission festgelegte 60-Prozent-Grenze letztlich zufällig gewählt ist.<sup>39</sup>

Unabhängig von der verwendeten Armutsgefährdungsgrenze ist es wichtig, die Entwicklung der Haushaltseinkommen über die Zeit zu berücksichtigen. Beispielsweise ist mit den Jahren das Einkommensniveau, das die 60-Prozent-Grenze markiert, in vielen Ländern deutlich gestiegen, denn das nationale durchschnittliche Einkommen hat sich durch die Haushalte erhöht, in denen beide Partner erwerbstätig sind.

Im Jahr 2013 lebten in den 28 Staaten der EU 83 Millionen Menschen (16,6 Prozent) unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze, 2010 waren es 81 Millionen und 2005 noch 79 Millionen. Dies ist ein enormer Anstieg. Wieder zeigen sich große Unterschiede zwischen den Ländern. Die Armutsgefährdungsquote liegt in Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Litauen und Spanien zum Teil weit über 20 Prozent. Im Gegensatz dazu beträgt die Quote in den Niederlanden und in der Tschechischen Republik um 10 Prozent. Obwohl Deutschland eine Armutsgefährdungsquote unter dem EU-Durchschnitt verzeichnet, ist das Land mit der höchsten Gesamtzahl armutsgefährdeter Menschen konfrontiert: Im Jahr 2013 waren es 12,8 Millionen und damit 3 Millionen mehr als 2005.

Die Gefahr, in Armut abzurutschen, wird von vielen Faktoren bestimmt. Neben Bildung, Geschlecht und Alter spielen die Haushaltskonstellation, die Höhe der Einkommensersatzleistungen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen eine entscheidende Rolle.<sup>40</sup>

*Individuelle Merkmale* korrespondieren mit den allgemeinen Risikofaktoren: Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau sind einem wesentlichen höheren Armutsrisiko ausgesetzt als gut ausgebildete Personen. Ebenso ist das Risiko bei jungen Menschen höher als bei älteren Menschen.

*Haushaltskonstellation.* Personen ohne eigenes Einkommen sind häufig durch andere Familienangehörige vor Armut geschützt. Dies gilt insbesondere für Kinder und nicht erwerbstätige Ehepartner. Alleinstehende mit Kindern, meist Frauen, sind von einem höheren Armutsrisiko betroffen als Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und unterhaltsberechtigten Kindern.

*Großzügigkeit des Sozialstaats.* Gelingt es Familien nicht aus eigener Kraft, ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften, greift der Sozialstaat unterstützend ein – sei es bei Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit oder im Alter. In vielen Ländern gewährt der Staat auch ausgleichende Leistungen für den Fall, dass die in Arbeitsverträgen vereinbarten Löhne unter einen bestimmten Schwellenwert liegen, beispielsweise bei Kurzarbeit. Zudem zahlt der Staat an Haushaltsmitglieder, von denen Erwerbsarbeit nicht erwartet werden kann oder denen diese nicht erlaubt ist, eine weitere Form von Transferleistungen. Dazu gehören vor allem Leistungen für Kinder, aber auch für Familienmitglieder, die nicht oder nur in Teilzeit arbeiten.

Neben den sozialstaatlichen Regelungen, die Menschen zur Erwerbsarbeit motivieren, aber auch negative Anreize setzen können (frühe Verrentung, Besteuerung von Doppelverdienerhaushalten), hängt das Risiko, in Armut zu geraten, auch von *arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen* und natürlich von der gesamtwirtschaftlichen Situation ab. Hohe Arbeitslosigkeitsquoten verringern die Wahrscheinlichkeit, dass eine Familie auf zwei Einkommen zurückgreifen kann, ebenso steigt der Anteil atypischer Beschäftigung auf Kosten der Normalbeschäftigung. Darüber hinaus wird die Höhe und Zahlungsdauer der Einkommensersatzleistungen für jeden Arbeitslosen vermutlich sinken, wenn die Arbeitslosigkeit insgesamt dauerhaft steigt.

## 5.5 Der Niedriglohnbereich

In der Diskussion über das Ausmaß und die Entwicklung von Armut verlagert sich der Schwerpunkt zunehmend hin zu Arbeit und Beschäftigung. Aktivierungsmaßnahmen basieren auf der Annahme, dass mit der (Wieder-)Eingliederung der Menschen in den Arbeitsmarkt diese zugleich aus der Obhut des Sozialstaats und aus der Armut herausgeholt werden können. Allerdings ist diese Annahme immer weniger zu halten, insbesondere wenn wir uns die Entwicklung zweier Phänomene anschauen: den Anteil von Personen, die im Niedriglohnbereich arbeiten, und den Anteil der sogenannten *working poor* (siehe Abschnitt 5.6).

Wie hoch ist der Anteil von Menschen, die einen niedrigen Lohn beziehen? Wer befindet sich im Niedriglohnbereich? Wo liegen die hauptsächlichen Unterschiede zwischen den EU-Ländern?

Der Niedriglohnbereich bemisst sich an der nationalen Verteilung der Lohneinkommen. Die Höhe der Niedriglohnschwelle wird abhängig vom Medianlohn in einem Land bestimmt. Verdienen Menschen weniger als zwei Drittel des Medianlohns, bezeichnet man sie als Niedriglohnbezieher. Die Niedriglohnquote erfasst den Anteil der Niedrigverdiener an allen Beschäftigten. Niedriglohn kann nicht mit Einkommensarmut gleichgesetzt werden, da Transfereinkommen, die Umverteilung des Steuersystems und auch der Haushaltskontext nicht berücksichtigt werden. Für einen Alleinstehenden kann ein niedriges Einkommen reichen, für eine mehrköpfige Familie mit nur einem Verdiener sicherlich nicht.

Die Niedriglohnschwelle liegt im EU-Durchschnitt bei 11,90 Euro pro Stunde. In Bulgarien gehört man zu den Niedrigverdienern, wenn man weniger als 1,50 Euro in der Stunde erhält, und in Dänemark mit einem Stundenlohn unter 16,60 Euro. Insgesamt arbeiten in der EU etwa 21 Millionen Menschen im Niedriglohnbereich (außer Auszubildende), davon 5 Millionen in Deutschland und 5 Millionen in Großbritannien. Der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich variiert erheblich. Durchschnittlich beziehen 17 Prozent der Erwerbstätigen in der EU einen Niedriglohn, in Bulgarien sind es 22 Prozent (den höchsten Anteil findet man in Lettland mit 28 Prozent), in Dänemark dagegen nur 8 Prozent. Diese wenigen Zahlen verdeutlichen aufs Neue, wie unterschiedlich die Lebensbedingungen in der Europäischen Union sind.

In allen Ländern ballen sich im Niedriglohnbereich bestimmte soziale Gruppen, wengleich in ganz unterschiedlichem Ausmaß: Frauen, gering Qualifizierte und junge Menschen. Wesentlich ist auch die Arbeitszeit. Die Stundenlöhne in *Teilzeit* liegen oft weit unter jenen in Vollzeit, entsprechend finden sich auch mehr Teilzeitbeschäftigte im Niedriglohnsektor. In Deutschland liegt die Niedriglohnquote von Teilzeiterwerbstätigen bei 40 Prozent, von Vollzeiterwerbstätigen bei 18 Prozent.<sup>41</sup> In Dänemark fallen die Lohneinbußen von Teilzeitbeschäftigten niedriger aus: Hier liegt die Niedriglohnquote von Teilzeitbeschäftigten bei 14 Prozent, in Vollzeit sind es unter 10 Prozent.

*Frauen* haben ein wesentlich höheres Risiko als Männer, im Niedriglohnbereich zu arbeiten, schon allein, weil sie viel häufiger als Männer in Teilzeit beschäftigt sind. EU-weit arbeiten 13 Prozent der Männer, aber 21 Prozent der Frauen in Niedriglohn. In Deutschland und Großbritannien sind es 17 Prozent der Männer und 29 Prozent Frauen. Es geht aber auch anders: Schweden, ebenfalls ein Land mit einer hoher Teilzeitquote, hat eine Niedriglohnbeschäftigung von 3 Prozent (Frauen) und 2 Prozent (Männer).

Besonders deutlich unterscheidet sich die Niedriglohnbeschäftigung nach *Bildung und beruflicher Qualifikation*. Im Gegensatz zum EU-Durchschnitt (17 Prozent) sind 30 Prozent der gering Qualifizierten im Niedriglohnbereich tätig, 19 Prozent der mit-

tel Qualifizierten und 6 Prozent der hoch Qualifizierten. Die Spreizung nach Qualifikation ist insbesondere in Deutschland groß: Die Niedriglohnquote unter gering Qualifizierten liegt hier bei 55 Prozent, unter beruflich Qualifizierten bei 19 Prozent und unter akademisch Qualifizierten bei 2 Prozent. Bildung schützt vor Niedriglohn. Umgekehrt sehen wir aber auch hier die Dreifachbelastung von gering Qualifizierten. Viele von ihnen hatten schon aufgrund ihrer sozialen Herkunft nie die Chance auf eine gute Bildung und finden keine Beschäftigung. Über die Hälfte jener, die in Beschäftigung sind, beziehen einen Niedriglohn.

---

In allen Ländern ballen sich im Niedriglohnbereich bestimmte soziale Gruppen, wenngleich in ganz unterschiedlichem Ausmaß: Frauen, gering Qualifizierte und junge Menschen.

---

Neben Frauen und gering Qualifizierten tragen auch *Beschäftigte unter 30 Jahren* in allen Ländern der EU ein hohes Risiko, in Niedriglohn zu arbeiten. Von ihnen bleiben 30 Prozent unter der Niedriglohnschwelle, bei Beschäftigten zwischen 30 und 49 Jahren sind es 12 Prozent und bei Beschäftigten über 50 Jahren 13 Prozent. Erschwerend kommt auch hier hinzu, dass viele der jungen Leute ganz ohne Beschäftigung sind und zu der Gruppe der NEETs gehören, also weder erwerbstätig, noch in Ausbildung sind.

Wie sind diese großen Unterschiede innerhalb der EU im Anteil der Geringverdiener und die soziale Strukturierung von Niedriglohn zu erklären? Welche Rolle spielen Mindestlöhne, die Verbreitung von Tarifverträgen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen? Flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne gibt es in elf der EU-Länder: in Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Litauen, den Niederlanden, Polen, Slowenien und Ungarn. Die meisten dieser Länder haben einen hohen Beschäftigungsanteil im Niedriglohnbereich. In allen diesen Ländern, mit Ausnahme von Frankreich, liegt der Mindestlohn unterhalb der Niedriglohngrenze. Dagegen ist in den skandinavischen Ländern der Niedriglohnbereich sehr klein, obgleich es keinen Mindestlohn gibt. Dennoch helfen Mindestlöhne den Beschäftigten, da sie eine noch größere Lohnspreizung nach unten verhindern. Mindestlöhne verringern also etwas die soziale Ungleichheit im Einkommen, vor Niedriglöhnen schützen sie nicht.

Flächendeckende Tarifverträge verhindern tendenziell ein Niedrigeinkommen.<sup>42</sup> Gerade für Beschäftigte mit niedrigen Einkommen können kollektive Lohnverhandlungen zu besseren Ergebnissen als individuelle Vereinbarungen führen. Obwohl ein Zusammenhang zwischen Tarifbindung und Niedriglohn besteht, darf nicht

übersehen werden, dass Tarifbindungen oft mit anderen Schutzfaktoren einhergehen, so mit Kündigungsschutz, einer guten Bildungspolitik und einem hohen Ausmaß sozialer Sicherung.<sup>44</sup> Von einem kausalen Zusammenhang kann man daher nicht sprechen. Dies belegen auch Länder wie Deutschland, Österreich und Slowenien, die trotz vergleichsweise hoher Tarifbindung einen großen Niedriglohnsektor haben. Für Deutschland kann gezeigt werden, dass die Lockerung der Tarifbindung zu einer höheren Lohnspreizung beigetragen hat: Die gestiegene Lohndifferenzierung in der unteren Hälfte der Lohnverteilung unter westdeutschen Vollzeitbeschäftigten ist zu einem Drittel mit der abnehmenden Tarifbindung zu erklären.<sup>45</sup> Auch die arbeitsmarktpolitischen Reformen in Deutschland (Deregulierung der befristeten Beschäftigung und der Leiharbeit, Einführung von Minijobs, Hartz IV) können nicht für den wachsenden Niedriglohnbereich verantwortlich gemacht werden, da sie eher in Reaktion auf eine höhere Lohnspreizung eingesetzt wurden. Dennoch hat sich auch nach ihrer Einführung im Jahr 2005 der Niedriglohnsektor ausgeweitet.<sup>46</sup>

---

In Deutschland hat die Lockerung der Tarifbindung zu einer höheren Lohnspreizung beigetragen.

---

In Deutschland wie in anderen Ländern der EU dürfte daher die Ausbreitung des Niedriglohnsektors insbesondere mit der verschlechterten Wettbewerbssituation von einfacher Arbeit aufgrund des technologischen Wandels zu erklären sein. Entscheidend ist daher, die Bildungsarmut durch bessere Qualifizierungs- und Nachqualifizierungsprogramme abzubauen.

## 5.6 Arm trotz Arbeit: Die *working poor*

Was bedeutet Erwerbsarmut, also arm trotz Arbeit zu sein? Eine Komponente haben wir bereits definiert: nämlich Armut. Aber wie können wir »Arbeit« definieren?

Das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) klassifiziert Beschäftigung nach dem Haupterwerbsstatus der Menschen, also nach der Beschäftigung, in der sie mindestens sieben Monate im Jahr tätig sind. Hier ließe sich einwenden, dass diese Definition viel zu ungenau ist, da sie alle möglichen Formen von Beschäftigung einschließt, angefangen von Niedriglohnarbeit und befristeter Beschäftigung bis hin zu unbefristeter Vollzeitbeschäftigung. Diese breite Definition erweist sich jedoch als Vorteil. Würden wir eine engere Definition verwenden, die nur bestimmte Beschäftigungsformen berücksichtigt, würde der Anteil der *working poor*, also der Erwerbsarmen, vor allem auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und die ge-

samtwirtschaftliche Situation zurückzuführen sein. Der Unterschied zwischen den *working poor* und den Niedriglohnverdienern wäre äußerst gering. Eine breitere Definition, die beispielsweise auf den Zeitraum der sieben Monate verzichtet, würde dagegen der Haushaltskonstellation eine wesentliche größere Erklärungskraft zuweisen. Deshalb hat sich die Eurostat-Definition als Kompromisslösung bewährt und wird zunehmend in der Forschung verwendet.<sup>47</sup>

Insgesamt zählen im Jahr 2012 in der EU etwa 18 Millionen Menschen zu den Erwerbsarmen (einschließlich Auszubildende). Davon leben 3 Millionen in Deutschland, dies ist ein Anstieg um 1 Million gegenüber 2005. Obwohl ein Zusammenhang zwischen Niedriglohn und Erwerbsarmut besteht, ist diese Verbindung nur sehr schwach ausgeprägt.<sup>48</sup> So liegt der Anteil der Niedriglohnempfänger in Lettland beispielsweise bei 28 Prozent, gegenüber einem Anteil Erwerbsarmen von »nur« 10 Prozent. In Schweden zeigt sich ein ganz anderes Bild: Hier beträgt die Niedriglohnquote 2 Prozent und die der Erwerbsarmen 7 Prozent. Doch selbst wenn die Anteile annähernd gleich groß sind, wie etwa in Spanien (15 zu 13 Prozent) oder Luxemburg (13 zu 11 Prozent), bedeutet das nicht, dass es sich zwangsläufig um dieselben Personen handelt.

Welche Personengruppen verzeichnen ein überproportional hohes Armutsrisiko, obwohl sie erwerbstätig sind? Warum sehen wir so gravierende Unterschiede zwischen den EU-Ländern? Neben den individuellen Merkmalen beeinflussen vor allem vier Faktoren das Risiko, zu den Erwerbsarmen zu zählen: familienpolitische Leistungen, das Steuersystem, die Beschäftigungsformen und natürlich die Haushaltskonstellation.

*Familienpolitische Leistungen* umfassen alle Maßnahmen, welche die Kosten reduzieren, die Eltern durch die Erziehung von Kindern entstehen. Dies geschieht etwa über Transferzahlungen wie Kindergeld oder durch Lohnersatzleistungen während der ersten Monate nach der Geburt eines Kindes. Dazu gehören aber auch eine qualitativ hochwertige und kostenlose öffentliche Kinderbetreuung sowie Ganztagschulen, denn diese ermöglichen Müttern erst, erwerbstätig zu sein.

Das *Steuersystem* ist insofern von Bedeutung, als viele Länder Haushaltskonstellationen privilegieren, in denen ein Partner Vollzeit arbeitet, während die zweite Person nur ein »zusätzliches Einkommen« verdient. Dies ist beispielsweise beim Ehegattensplitting in Deutschland der Fall. Das britische Steuersystem arbeitet mit dem Child Tax Credit und dem Working Tax Credit, wodurch die Nettoeinkommen einer Vollzeitstelle deutlich reduziert und damit Anreize für eine Teilzeitbeschäftigung gesetzt werden.

Die verschiedenen *Beschäftigungsformen* sind ebenfalls entscheidend, vor allem in Hinblick auf atypische Beschäftigung und materielle Sicherheit. In Ländern mit

hohen Lohn einbußen von Teilzeitbeschäftigten sind diese stärker benachteiligt als in Ländern, in denen weniger Arbeitsstunden nicht automatisch mit niedrigeren Stundenlöhnen verbunden sind.

Schließlich spielt auch die *Haushaltskonstellation* eine wichtige Rolle. Mit einem Vollzeitbeschäftigten im Haushalt verringert sich das Risiko, zu den Erwerbsarmen zu gehören.

Das Zusammenspiel dieser vier Faktoren wurde in verschiedenen Studien untersucht. Horemans und Marx (2013) analysierten beispielsweise die Verbindung von Teilzeitbeschäftigung und Armut.<sup>49</sup> Schauen wir uns die Ergebnisse genauer an. In den meisten EU-Ländern ist das Risiko, zu den Erwerbsarmen zu zählen, bei Frauen geringer ausgeprägt als bei Männern, mit Ausnahme von Estland, Zypern, Deutschland, Litauen und Lettland. Dies mag auf den ersten Blick paradox erscheinen, da Frauen deutlich weniger verdienen als Männer, eher im Niedriglohnbereich und in Teilzeit arbeiten.

Dieser Effekt ist aber hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass für die finanzielle Situation von Frauen die Haushaltskonstellation eine besondere Rolle spielt. So haben Alleinerziehende das höchste Armutsrisiko und Alleinerziehende sind meistens Frauen. In Haushalten mit zwei Erwachsenen profitieren Frauen mehr als Männer davon, wenn sie mit einer erwerbstätigen Person zusammenleben. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich Männer mit einer Vollzeit erwerbstätigen Person den Haushalt teilen, ist deutlich geringer. Deshalb sind sie weniger vor Armut geschützt. Dies trifft vor allem auf die südeuropäischen Länder zu, wo 36 Prozent der Teilzeit arbeitenden Männer, aber nur 16 Prozent der Frauen in Teilzeit zu den *working poor* zählen.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse müssen wir uns daran erinnern, dass diese geschlechtsspezifischen Effekte durch die Definition der Erwerbsarmut verursacht werden, nach der sich Armut auf das verfügbare Einkommen bezieht.<sup>50</sup> Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass bei Ehescheidungen dieser Schutz entfällt und Frauen oft in Armut rutschen.

In den meisten Ländern schützt Vollzeitbeschäftigung viel besser vor Armut als Teilzeitbeschäftigung. In Frankreich etwa gelten 4 Prozent der Männer mit einem Vollzeitjob als erwerbsarm gegenüber 22 Prozent der Männer mit einem Teilzeitjob. Bei den Frauen liegen in Frankreich die entsprechenden Werte bei 3 Prozent (Vollzeit) und 12 Prozent (Teilzeit).

Da Erwerbsarmut stark von der Haushaltskonstellation und den Arbeitszeiten beeinflusst wird, ließe sich nun leicht schlussfolgern, dass Vollzeitbeschäftigung das

einziges »Heilmittel« ist. In diesem Szenario würden Frauen, die Vollzeit arbeiten, ihre Männer gegen Armutsrisiken schützen und zugleich eigene Lohnneinbußen durch Teilzeitbeschäftigung vermeiden. Doch sind hier Zweifel angebracht.

Zunächst ist eine allumfassende Vollzeitbeschäftigung in vielen Ländern aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation nicht realistisch. Aber noch wichtiger ist, dass eine auch noch so flexible 40-Stunden-Woche für beide Partner dazu führt, dass sie weniger Zeit für ihre Familien haben.

Deshalb ist der von den Niederlanden, Dänemark und Finnland eingeschlagene Weg mit einer Ausdehnung der Teilzeitarbeit durch mehr Arbeitsstunden überzeugender. In diesen Ländern gibt es keine Lohnneinbußen durch Teilzeitarbeit. Männer und Frauen mit einer Teilzeitbeschäftigung haben kein höheres Risiko auf Erwerbsarmut als jene mit einer Vollzeitbeschäftigung. Mit einer gemeinsamen Anstrengung haben Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber sichergestellt, dass Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte die gleichen Rechte, Leistungen und Einkommen erhalten.<sup>51</sup> Teilzeitarbeit ist hoch qualifizierte Arbeit, sie beruht auf einer freiwilligen Entscheidung und wird den Menschen nicht wie in anderen Ländern beispielsweise durch fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen aufgezwungen.

## 5.7 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurden die enormen Unterschiede bei Einkommen und Vermögen zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten der EU herausgearbeitet. Dabei wurde deutlich, dass auch Europa vor der Frage steht: Lassen wir es zu, dass sich Ungleichheiten weiter erhöhen?

.....

Die Reduzierung der hohen finanziellen Ungleichheit muss oberste Priorität für die Europäische Kommission und alle EU-Mitgliedstaaten haben.

.....

Betrachtet man beispielsweise die Anteile der Bevölkerung in den obersten 10 Prozent der Einkommensverteilung, ist eine zunehmende Einkommenskonzentration deutlich zu erkennen. Die Reduzierung der hohen finanziellen Ungleichheit muss oberste Priorität für die Europäische Kommission und alle EU-Mitgliedstaaten haben. Den politischen Willen und genügend Unterstützung in der Gesellschaft vorausgesetzt, stehen jedem Land dafür abhängig von seinem politischen wie institutionellen Aufbau verschiedene Instrumente zur Verfügung: Besteuerung, ge-

werkschaftliche Vertretung, arbeitsrechtliche Bestimmungen über Löhne und Sozialtransfers für Kinder sind die wichtigsten Faktoren in diesem Zusammenhang, ebenso wie der Zugang, die Höhe und die Verteilung von Bildung und Beschäftigung.

Der Blick auf den unteren Rand der Einkommensverteilung hat verdeutlicht, wie alarmierend das Ausmaß von Armut nach wie vor ist. Zudem hat sich gezeigt, dass Einkommen als alleiniges Maß nicht genügt, um Menschen zu identifizieren, die von einer Lebensweise ausgeschlossen sind, die in ihrem Land als minimal hinnehmbar gilt. Die Ergebnisse legen nahe, wie wichtig sowohl Armutsquoten als auch Armutsgefährdungsgrenzen auf Basis der nationalen Medianeinkommen sind.

Die Aktivierungsmaßnahmen der Europäischen Union gehen davon aus, dass Beschäftigung vor Armut schützt. Dies ist jedoch nicht immer der Fall. In vielen EU-Ländern sind die Menschen arm, obwohl sie erwerbstätig sind. Wenn wir uns den Niedriglohnbereich anschauen, ist die Häufigkeit prekärer Lebensbedingungen geradezu beängstigend, vor allem, weil junge Menschen und Menschen mit geringer Bildung besonders stark betroffen sind. Politiker dürfen daher nicht einseitig auf Aktivierungsmaßnahmen setzen. Der moderne Sozialstaat braucht zwei Beine: eine präventive Bildungspolitik und eine mutige Sozialpolitik, die zusammen soziale Gerechtigkeit fördern.

## **6. Ungleichheit bekämpfen**

Die Bestandsaufnahme über soziale Ungleichheit in Europa macht übergreifend fünf große Handlungsfelder deutlich.

.....

Ungleichheiten in Europa zu bekämpfen heißt zuerst, die Ungleichheiten in frühen Lebensjahren zu bekämpfen. Bildung muss allen gleichermaßen zugänglich sein, damit auch den benachteiligten Bevölkerungsgruppen ein lebenswertes Leben ermöglicht wird.

.....

1. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass viele Unterschiede zwischen den Menschen in Europa von der Gesellschaft selbst geschaffen werden und systematisch mit den Lebenschancen verbunden sind. Das Bildungsniveau hängt in hohem Maße vom sozioökonomischen Status der Eltern und vom Wohnort ab. Bei Weitem nicht alle Bürger Europas haben Zugang zu den gleichen Bildungschancen, selbst wenn sie über die gleichen Fähigkeiten verfügen. Dabei ist der Zugang zu guten Beschäf-

tigungs- und Einkommensmöglichkeiten eng mit guter Bildung verbunden. Europa wird immer von vielfältigen Unterschieden zwischen den einzelnen Regionen geprägt sein und sich dieser oftmals durchaus erfreuen. Systematische Ungleichheiten im Zugang zu Ressourcen sind aber inakzeptabel und müssen daher ein übergeordnetes Handlungsfeld europäischer Sozialpolitik sein: Ungleichheiten in Europa zu bekämpfen heißt zuerst, die Ungleichheiten in frühen Lebensjahren zu bekämpfen. Bildung muss allen gleichermaßen zugänglich sein, damit auch den benachteiligten Bevölkerungsgruppen ein lebenswertes Leben ermöglicht wird.

2. Ungleichheiten innerhalb Europas bestehen im Lebensstandard und in der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die durchschnittlichen Einkommen in Europa haben sich über die Zeit nicht angenähert, vielmehr driften sie weiter auseinander. Dies schadet einem gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum und verhindert den Aufbau einer europäischen Sozialunion. Zudem sind in vielen EU-Ländern die Ungleichheiten in der Einkommens- und/oder Vermögensverteilung in den letzten 35 Jahren stark gestiegen. Die extreme Konzentration von Vermögen unter den bereits reichen Menschen auf der einen Seite und die Erhöhung der Zahl armer Menschen auf der anderen Seite führt zu harten Fragen wie: Kann die EU dabei helfen, solche Ungleichheiten zu verringern? Haben die politischen und wirtschaftlichen Eliten in den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union den Willen und die Mittel, um für mehr Gleichheit zu kämpfen?

3. Eine europäische Sozialpolitik muss Ungleichheiten verhindern, die sich aus zunehmend verschiedenen Lebensformen und deren Absicherung ergeben. Die Unterschiede zwischen dem Anteil der Menschen im Niedriglohnbereich (individuelle Einkommen) und den Erwerbsarmen (Haushaltseinkommen) sind riesig. Eindrücklich ist dies an der Lebensrealität von Frauen zu sehen. Im Niedriglohnbereich arbeiten vor allem Frauen. Wenn wir aber die Gruppe der Erwerbsarmen anschauen – also jener, deren Einkommen trotz Beschäftigung unter der Armutsgefährdungsgrenze liegt –, finden wir dort insbesondere Männer. Obwohl Frauen häufig in »schlechten« Jobs ohne tarifliche Bindung arbeiten, sind sie durch Heirat vor Armut geschützt. Dies ist nur auf den ersten Blick beruhigend. Die meisten Staaten in der EU setzen nicht auf die eigenständige Sicherung von Frauen und verlassen sich darauf, dass Frauen über ihre Ehemänner finanziell gesichert werden. Da aber seit langem die Zahl der Eheschließungen zurückgeht und Scheidungsraten zunehmen, ist dies riskant. Individuelle Sicherheit zu gewähren meint neben der Ausgestaltung einer entsprechenden Sozialpolitik auch, die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Dafür müssen flächendeckend Mindestlöhne eingeführt, Männer- und Frauenberufe gleich tarifiert und reguliert und die Lohninbußen in Teilzeit entschlossen bekämpft werden. Zudem braucht es vielfältige Maßnahmen, damit Frauen über eine marginale Teilzeit hinaus erwerbstätig sein können. Neben der Unterstützung durch Kinderkrippen und Ganztagschulen schließt dies einen kulturellen Wandel dahingehend ein, dass auch unbezahlte Arbeit zwischen Män-

nen und Frauen gleicher verteilt wird. Insbesondere skandinavische Länder haben sich mit Erfolg in diese Richtung entwickelt.

.....

Die meisten Staaten in der EU setzen nicht auf die eigenständige Sicherung von Frauen und verlassen sich darauf, dass Frauen über ihre Ehemänner finanziell gesichert werden.

.....

4. In allen Ländern Europas sehen wir soziale Schließungsprozesse. Die Menschen wählen sich einen Partner, der ihnen in Bildung und Intelligenz ähnelt. Soziale Mobilität durch Heirat oder feste Partnerschaften nimmt so über die Zeit dramatisch ab. Damit ergeben sich gesellschaftliche Spreizungen zwischen Haushalten, die ein doppeltes Armutsrisiko haben, und solchen mit einem doppelten Sicherheitsnetz. Bei den einen haben beide Partner eine schlechte Bildung und schlechte Arbeitsmarktchancen und sind zusätzlich sozial schwach abgesichert. Andere Haushalte bestehen aus Doppelverdienern mit hohem Einkommen, die sich neben gesetzlichen auch private soziale Sicherungen leisten. Dies ist keine Momentaufnahme, die Folgen treffen mehrere Generationen: Kinder bekommen eine entsprechende Bildung, Eltern eine entsprechende Pflege im Alter. Durch Vererbung häufen sich die jeweiligen Chancen und Risiken dramatisch.

5. Dies führt uns zur Entwicklung der Mittelschicht in unseren Demokratien. Eine interessante Hypothese unserer modernen Zeit ist: Wenn die Ungleichheit zunimmt und Gesellschaften sich stärker in Arm und Reich aufspalten, bedeutet dies eine starke Erosion der Mittelschicht. In vielen westlichen Ländern finden sich Anzeichen für eine Abwärtsmobilität der Mittelschicht: Während beispielsweise Ungelernte keinen Job finden, übernehmen qualifizierte Menschen aus der Mittelschicht diese Hilfsarbeiten und haben damit geringere Chancen auf einen hochwertigen Arbeitsplatz und ein gutes Einkommen. Doch die westlichen Demokratien basieren auf wohlhabenden Mittelschichten mit mehr oder weniger stabilen politischen Überzeugungen, die von den Regierungsparteien getragen werden. Die Demokratien sind mit der Mittelschicht gewachsen. Wenn nun diese Mittelschicht schrumpft und eine Abwärtsmobilität erfährt, wird wahrscheinlich die Unterstützung für die demokratischen Regierungen abnehmen. Denn auf der einen Seite werden immer größere Teile der Gesellschaft politisch ausgegrenzt und ziehen sich deshalb zurück. Auf der anderen Seite erhöht sich die politische und potenziell antidemokratische Radikalisierung von Bürgern.

Diesen Herausforderungen kann Europa nur begegnen, wenn es neben der Stärkung von Wachstum auch den Ausbau einer Sozialunion entschlossen vorantreibt. Ein modernes und erfolgreiches Europa darf sich dem neoliberalen Ruf nach einem Abbau staatlicher Leistungen und der Aktivierung der Bevölkerung nicht beugen. Die leistungsfähigsten Länder in Europa setzen gleichermaßen auf den Erwerbs- und auf den Sozialstaat, betonen die zukunftsorientierte Bildungsinvestition, haben die hohe Effektivität und Leistungsdichte ihrer Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik im Blick und betreiben eine engagierte Sozialpolitik. So gelingt es den skandinavischen Ländern außerordentlich gut, ein hohes, von den meisten Bürgerinnen und Bürgern erreichtes Bildungsniveau mit einer hohen Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter zu verbinden. Selbst wenn sich die skandinavischen Länder kulturell von anderen EU-Ländern unterscheiden, darf man ihre Leistung nicht ignorieren oder als irrelevant abtun. Denn diese Länder zeigen, dass Ungleichheit kein Schicksal ist, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen.

.....

Die Demokratien sind mit der Mittelschicht gewachsen. Wenn nun diese Mittelschicht schrumpft und eine Abwärtsmobilität erfährt, wird wahrscheinlich die Unterstützung für die demokratischen Regierungen abnehmen.

.....

---

## Anmerkungen

---

- 1 Dieser Beitrag ist eine wesentlich gekürzte und aus dem Englischen übersetzte Fassung folgender Publikation: JUTTA ALLMENDINGER/ELLEN VON DEN DRIESCH: An ever closer union among the peoples of Europe: Rising inequalities in the EU and their social, economic and political impacts, EU, Brüssel 2015.
- 2 FRANK VANDENBROUCKE: A European Social Union: 10 tough nuts to crack. Background report for the Friends of Europe High-Level Group on Social Union, Brüssel 2014; DANIEL SCHRAAD-TISCHLER/CHRISTIAN KROLL: Social Justice in the EU. A Cross-National Comparison, Gütersloh 2014.
- 3 COLIN CROUCH: Entrenching neo-liberalism: the current agenda of European social policy; in: NICOLA COUNTOURIS/MARK FREEDLAND (Hg.): Resocialising Europe in a time of crisis, Cambridge 2013, S. 36–60; MICHAEL J. SANDEL: What Money Can't Buy. The Moral Limits of Markets, London 2012.
- 4 WIEMER SALVERDA u.a.: Changing Inequalities in Rich Countries. Analytical and Comparative Perspectives, Oxford 2014.
- 5 JOSEPH STIGLITZ: The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future, New York 2013.
- 6 MARA HVISTENDAHL: While emerging economies boom, equality goes bust. Inequality spikes in developing nations around the world, in: Science 344 (2014), S. 832–835.
- 7 Nach Deutschland migrieren beispielsweise vor allem Personen aus der Türkei, nach Frankreich aus Algerien, nach Polen aus der Ukraine, nach Großbritannien aus Irland und nach Finnland aus Estland. Das macht vergleichende Analysen besonders schwierig.
- 8 DANIEL CHECCHI u.a.: The Policy Response to Educational Inequalities, in: W. SALVERDA u.a. (Hg.) (wie Anm. 4), S. 294–327.
- 9 Leider ist es nicht möglich, PISA und PIAAC direkt miteinander zu vergleichen, da die jeweils verwendeten Konzepte voneinander abweichen. So werden bei PISA die Befragten 6 Kompetenzstufen zugeordnet, PIAAC kennt dagegen nur 5 Kompetenzstufen. An PISA beteiligen sich 26 EU-Länder, an PIAAC nur 17 EU-Länder.
- 10 EUROPEAN COMMISSION: Adult and continuing education in Europe: Using public policy to secure a growth in skills, Brüssel 2013.
- 11 WIJI ARULAMPALAM: Is Unemployment Really Scarring? Effects of Unemployment Experiences on Wages. IZA Discussion Paper 189, Bonn 2001.
- 12 HANS DIETRICH: Youth unemployment in Europe. Theoretical Considerations and Empirical Findings, Berlin 2012.
- 13 DAVID BLANCHFLOWER/RICHARD FREEMAN: The Declining Economic Status of Young Workers in OECD Countries, in: DAVID BLANCHFLOWER/RICHARD FREEMAN (Hg.): Youth Unemployment and Joblessness in Advanced Countries. Chicago/London 2000, S. 19–55; JUAN F. JIMENO/DIEGO RODRIGUEZ-PALENZUELA: Youth Unemployment in the OECD: Demographic Shifts, Labour Market Institutions and Macroeconomic Shocks. ECB-Working Papers 2002-155, Frankfurt am Main 2002.

- 14 H. DIETRICH: Youth unemployment (wie Anm. 12).
- 15 CHRISTIAN EBNER: Erfolgreich in den Arbeitsmarkt? Die duale Berufsausbildung im internationalen Vergleich, Frankfurt am Main/New York 2013.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.; LUKAS GRAF: The Hybridization of Vocational Training and Higher Education in Austria, Germany, and Switzerland, Opladen 2013.
- 18 Die dargestellten Ergebnisse wurden folgender Studie entnommen: JUTTA ALLMENDINGER/LENA HIPP/STEFAN STUTH: Atypical Employment in Europe 1996–2011. WZB Discussion Paper P2013-003, Berlin 2013.
- 19 Die Bildungsgruppen »niedrig«, »mittel« und »hoch« beruhen auf der sogenannten ISCED-Klassifizierung von Bildungsabschlüssen, die von der UNESCO entwickelt wurde. Die Gruppe der »niedrigen« Bildungsabschlüsse umfasst die ISCED-Gruppen 1, 2 und 3c (unter 2 Jahren). Die Kategorie »mittel« umfasst die ISCED-Gruppen 3 und 4 (ohne 3c). Als »hoch« qualifiziert gelten Individuen der ISCED-Gruppen 5 und 6.
- 20 HANS-PETER BLOSSFELD: Educational Assortative Marriage in Comparative Perspective, in: Annual Review of Sociology 35 (2009), S. 513–530.
- 21 LAWRENCE F. KATZ/KEVIN M. MURPHY: Changes in Relative Wages, 1963–1987: Supply and Demand Factors, in: The Quarterly Journal of Economics 107 (1992), S. 35–78; FRANK LEVY/RICHARD J. MURNANE: U.S. Earnings Levels and Earnings Inequality: A Review of Recent Trends and Proposed Explanations, in: Journal of Economic Literature, 30 (1992), S. 1333–1381.
- 22 OECD: Gleichstellung der Geschlechter: Zeit zu handeln, Paris 2013, S. 145.
- 23 Ebd., S. 132; LUCCA FLABBI/MAURICIO TEJADA: Gender Gaps in Education and Labor Market Outcomes in the United States: The Impact of Employers' Prejudice. IDB Working Paper Series IDB-WP-357, Washington 2012.
- 24 RICHARD BREEN/LYNN PRICE COOKE: The Persistence of the Gendered Division of Domestic Labour, in: European Sociological Review 21 (2005), S. 43–57.
- 25 WIJI ARULAMPALAM/ALISON BOOTH/MARK L. BRYAN, Is There a Glass Ceiling over Europe? Exploring the Gender Pay Gap across the Wage Distribution, in: Industrial and Labor Relations Review 60 (2007), S. 163–186.
- 26 OECD: Gleichstellung (wie Anm. 22), S.147–148.
- 27 OECD: Pensions at a Glance 2011, Retirement-income Systems in OECD and G20 Countries, Paris 2011, S. 29.
- 28 FRANCESCA BETTIO/PLATON TINIOS/GIANNI BETTI: The Gender Gap In Pensions, Luxemburg 2013.
- 29 CLAUDIA GOLDIN: A Grand Gender Convergence: Its Last Chapter, in: American Economic Review 104 (2014), S. 1–30.
- 30 ANTHONY B. ATKINSON: On the measurement of inequality, in: Journal of Economic Theory 2 (1970), S. 244–263.
- 31 ROBIN BOADWAY/MICHAEL KEEN: Redistribution, in: ANTHONY B. ATKINSON/FRANÇOIS BOURGUIGNON (Hg.): Handbook of Income Distribution, Band 1, Amsterdam 2000, S. 677–789.

- 32 OECD: Innovations in Labour Market Policies – The Australian Way, Paris 2001, S. 149; OECD: OECD Employment Outlook 2013, Paris 2013.
- 33 THOMAS PIKETTY: Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.
- 34 THOMAS PIKETTY/EMMANUEL SAEZ: Top incomes and the Great Recession: Recent Evolutions and Policy Implications, in: IMF Economic Review 61 (2013), S. 456–478.
- 35 EUROPEAN CENTRAL BANK: The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey. Results from the first wave. Statistics Paper Series 2, Frankfurt am Main 2013, S. 107.
- 36 Der Medianwert ist derjenige Wert, der in der Mitte steht, wenn man alle Einzelwerte der Größe nach sortiert. Der Mittelwert ist das arithmetische Mittel aller Einzelwerte.
- 37 T. PIKETTY: Kapital (wie Anm. 34).
- 38 THOMAS PIKETTY/GABRIEL ZUCMAN: Capital is Back: Wealth-Income Ratios and Rich Countries, 1700–2010. CEPR Discussion Paper DP9588, London 2013.
- 39 JONATHAN BRADSHAW/EMESE TUNDE MAYHEW: Understanding Extreme Poverty in the European Union, in: European Journal of Homelessness 4 (2010), S. 171–186.
- 40 HENNING LOHMANN: Welfare States, Labour Market Institutions and the Working Poor: A Comparative Analysis of 20 European Countries, in: European Sociological Review 25 (2009), S. 489–504; EUROFOUND: Working poor in Europe, Dublin 2010.
- 41 THOMAS RHEIN: Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich. IAB Kurzbericht 15, Nürnberg 2013.
- 42 JOHN SCHMITT: Low-wage Lessons. Center for Economic and Policy Research, Washington 2012.
- 43 T. RHEIN: Geringverdiener (wie Anm. 42); OECD: Employment (wie Anm. 33).
- 44 CHRISTIAN DUSTMANN/JOHANNES LUDSTECK/UTA SCHÖNBERG: Revisiting the German Wage Structure, in: The Quarterly Journal of Economics 124 (2009), S. 843–881.
- 45 THORSTEN KALINA/CLAUDIA WEINKOPF: Niedriglohnbeschäftigung 2011: Weiterhin arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn. IAQ-Report 2013–01, Duisburg 2013.
- 46 JEREONS HOREMANS/IVE MARX: In-work poverty in times of crisis: do part-timers fare worse? ImPROvE Discussion Paper 13/14-2013, Antwerpen 2013.
- 47 IVE MARX/BRIAN NOLAN: In-Work Poverty. AIAS, GINI Discussion Paper 51, Amsterdam 2012; J. HOREMANS/I. MARX: In-work poverty (wie Anm. 47).
- 48 J. HOREMANS/I. MARX: In-work poverty (wie Anm. 47).
- 49 RAMONA PENA-CASAS/DALIA GHAILANI: Towards individualizing gender in-work poverty risks. In: NEIL FRASER/RODOLFO GUTIÉRREZ/RAMON PENA-CASAS (Hg.): Working poverty in Europe: a comparative approach. Basingstoke 2011.
- 50 JELLE VISSER: The First Part-time Economy of the World – A model to be followed?, in: Journal of European Social Policy 12 (2002), S. 23–41.

---

## Bildnachweis

---

- Abb. 1 OECD, PISA 2012 Database. Eigene Berechnung und eigene Darstellung der Autorinnen.
- Abb. 2 Eurostat-Online 2014, EU Labour Force Survey (EU-LFS). Eigene Berechnung und eigene Darstellung der Autorinnen.
- Abb. 3 Allmendinger u. a. (2013), Datenquelle: EU Labour Force Survey (EU-LFS).
- Abb. 4 Allmendinger u. a. (2013), Datenquelle: EU Labour Force Survey (EU-LFS).
- Abb. 5 Allmendinger u. a. (2013), Datenquelle: EU Labour Force Survey (EU-LFS).
- Abb. 6 Allmendinger u.a. (2013), Datenquelle: EU Labour Force Survey (EU-LFS).
- Abb. 7 Eurostat-Online 2014, Structure of Earnings Survey (SES). Eigene Berechnung und eigene Darstellung der Autorinnen.
- Abb. 8 OECD, PIAAC 2012 Datenbank. Eigene Berechnung und eigene Darstellung der Autorinnen.
- Abb. 9 Bettio u.a. (2013), EU-SILC. Eigene Darstellung der Autorinnen.
- Abb. 10 Quelle: EUROMOD statistics on distribution and decomposition of disposable income, accessed at <http://www.iser.essex.ac.uk/euromod/statistics/> using EUROMOD version no. F6.o++.

---

## Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

---

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine überparteiliche Stiftung des öffentlichen Rechts, betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung. Einen Schwerpunkt bildet dabei das Leben und Werk des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884 – 1963). Seit Beginn des 20. Jahrhunderts engagierte sich Heuss im politischen Leben – als Journalist und Hochschuldozent, als liberaler Politiker und Parlamentarier, als Redner und Biograph. In einem Zeitalter, das bestimmt wurde von zwei Weltkriegen, von autoritären und totalitären Regimes und von der Konfrontation der Ideologien, stand Heuss für eine rechtsstaatliche und demokratische Tradition in Deutschland. Ihm fiel als erstem Staatsoberhaupt nach der nationalsozialistischen Diktatur die schwierige Aufgabe zu, das demokratische Deutschland nach innen und außen zu festigen und glaubwürdig zu repräsentieren.

Im ehemaligen Stuttgarter Wohnhaus von Heuss betreibt die Stiftung eine Erinnerungsstätte, die in drei rekonstruierten Wohnräumen und einer ständigen Ausstellung das Lebenswerk von Heuss in seinen vielfältigen historischen Bezügen vor Augen führt. Forscherinnen und Forschern stehen der umfangreiche Nachlass von Theodor Heuss, einer der größten Politikernachlässe der Bundesrepublik, und eine wissenschaftliche Fachbibliothek zur Verfügung. Aus den rund 60.000 Briefen, die von Heuss überliefert sind, hat die Stiftung die »Stuttgarter Ausgabe«, eine wissenschaftliche Auswahledition in acht Bänden, erarbeitet.

In ihrer Forschungs- und Bildungsarbeit fragt die Stiftung nach den historischen Grundlagen und Traditionen der Demokratie in Deutschland. Sie knüpft dabei an aktuelle Problemlagen an und bietet dazu ein breites Spektrum von Veranstaltungen in Form von Kolloquien, Workshops, Podien, Vorträgen und Lesungen. Hierzu sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

[www.stiftung-heuss-haus.de](http://www.stiftung-heuss-haus.de)  
[www.facebook.de/heusshaus](https://www.facebook.de/heusshaus)

---

## Neuerscheinung in der Wissenschaftlichen Reihe

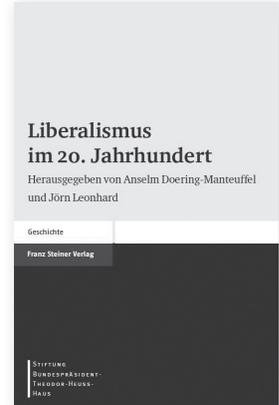
---

Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hg.)

# Liberalismus im 20. Jahrhundert

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus  
Wissenschaftliche Reihe, Band 12

**Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2015 | EUR 39,-**



---

Im 20. Jahrhundert, dem Zeitalter ideologischer Extreme, stand der Liberalismus mehrfach vor der Herausforderung, seine Grundprinzipien an veränderte politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen anzupassen. Der Kampf um die Geltung liberaler Prinzipien bewegte sich vielfach in einer paradox anmutenden Parallelität zum Bedeutungs- und Funktionsverlust des organisierten Liberalismus in Parteien und Parlamenten. Doch wie reagierten die Liberalen in den Gesellschaften Europas und Nordamerikas auf die ideologischen, ökonomischen und sozialen Krisenmomente des Jahrhunderts? Die verschiedenen nationalen Variationen verbieten es, ungeprüft von »dem Liberalismus« zu sprechen. Vielmehr gilt es, die länderübergreifenden Gemeinsamkeiten liberaler Konzepte und Bewegungen herauszuarbeiten, bevor die Eigenheiten des liberalen Weltbilds beschrieben werden können. Die Beiträge internationaler Forscher in diesem Band diskutieren das Problem aus der einzelstaatlichen und transnationalen Perspektive. Sie bestimmen den historischen Ort des Liberalismus im wechselvollen 20. Jahrhundert genauer, indem Kongruenzen und Divergenzen einer prägenden Leitidee der Moderne aufgedeckt werden.

---

## Publikationen in der Wissenschaftlichen Reihe

---

- 1 Thomas Hertfelder / Jürgen C. Hess (Hg.)  
Streiten um das Staatsfragment: Theodor Heuss und Thomas Dehler  
berichten von der Entstehung des Grundgesetzes  
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,  
Band 1  
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1999
- 2 Eberhard Jäckel / Horst Möller / Hermann Rudolph (Hg.)  
Von Heuss bis Herzog: Die Bundespräsidenten im politischen System  
der Bundesrepublik  
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,  
Band 2  
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1999
- 3 Gangolf Hübinger / Thomas Hertfelder (Hg.)  
Kritik und Mandat. Intellektuelle in der Deutschen Politik  
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,  
Band 3  
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2000
- 4 Ulrich Baumgärtner  
Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem  
Nationalsozialismus  
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,  
Band 4  
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2001
- 5 Ernst Wolfgang Becker / Thomas Rösslein (Hg.)  
Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungs-  
ausschusses des württemberg-badischen Landtags aus dem Jahre 1947 zur  
Zustimmung zum »Ermächtigungsgesetz« vom 23. März 1933  
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,  
Band 5  
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2003

- 6 Hans Vorländer (Hg.)  
Zur Ästhetik der Demokratie. Formen der politischen Selbstdarstellung  
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,  
Band 6  
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2003
- 7 Wolfgang Hardtwig / Erhard Schütz (Hg.)  
Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im  
20. Jahrhundert  
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,  
Band 7  
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2005
- 8 Frieder Günther  
Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik  
durch den ersten Bundespräsidenten  
Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,  
Band 8  
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2006
- 9 Andreas Wirsching / Jürgen Eder (Hg.)  
Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik.  
Politik, Literatur, Wissenschaft  
Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,  
Band 9  
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2008
- 10 Angelika Schaser / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.)  
Liberalismus und Emanzipation.  
In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik  
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,  
Band 10  
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2010
- 11 Werner Plumpe / Joachim Scholtyseck (Hg.), Florian Burkhardt (Redakt.)  
Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft.  
Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik  
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,  
Band 11  
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2012

- 12 Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hg.)  
Liberalismus im 20. Jahrhundert  
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,  
Band 12  
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2015

---

## **Edition »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe«**

---

Unter dem Titel »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe« gibt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus eine Edition der Briefe, Schriften, Reden und Gespräche von Theodor Heuss heraus.

### **Aus der Reihe der Briefe sind folgende Bände erschienen:**

Theodor Heuss: Aufbruch im Kaiserreich, Briefe 1892 – 1917  
Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther  
München: K. G. Saur 2009

Theodor Heuss: Bürger der Weimarer Republik, Briefe 1918 – 1933  
Herausgegeben und bearbeitet von Michael Dormann  
München: K. G. Saur 2008

Theodor Heuss: In der Defensive, Briefe 1933 – 1945  
Herausgegeben und bearbeitet von Elke Seefried  
München: K. G. Saur 2009

Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie, Briefe 1945 – 1949  
Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker  
München: K. G. Saur 2007

Theodor Heuss: Hochverehrter Herr Bundespräsident!  
Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949 – 1959  
Herausgegeben und bearbeitet von Wolfram Werner  
Berlin/New York: De Gruyter 2010

Theodor Heuss: Der Bundespräsident, Briefe 1949 – 1954  
Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt  
und Wolfram Werner  
Berlin/New York: De Gruyter 2012

Theodor Heuss: Der Bundespräsident, Briefe 1954 – 1959  
Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt  
und Wolfram Werner  
Berlin/Boston: De Gruyter 2013

Theodor Heuss: Privatier und Elder Statesman, Briefe 1959 – 1963  
Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther  
Berlin/Boston: De Gruyter 2014

---

## Publikationen in der Kleinen Reihe

---

- 1 Timothy Garton Ash  
Wohin treibt die europäische Geschichte?  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1997  
Stuttgart 1998
- 2 Thomas Hertfelder  
Machen Männer noch Geschichte?  
Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus im Kontext der deutschen  
Gedenkstättenlandschaft Stuttgart 1998
- 3 Richard von Weizsäcker  
Das parlamentarische System auf dem Prüfstand  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1998  
Stuttgart 1999
- 4 Parlamentarische Poesie  
Theodor Heuss: Das ABC des Parlamentarischen Rates  
Carlo Schmid: Parlamentarische Elegie im Januar  
Stuttgart 1999
- 5 Joachim Scholtyseck  
Robert Bosch und der 20. Juli 1944  
Stuttgart 1999
- 6 Hermann Rudolph  
»Ein neues Stück deutscher Geschichte«  
Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1999  
Stuttgart 2000
- 7 Ulrich Sieg  
Jüdische Intellektuelle und die Krise der bürgerlichen Welt  
im Ersten Weltkrieg  
Stuttgart 2000

- 8 Ernst Wolfgang Becker  
Ermächtigung zum politischen Irrtum  
Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die Erinnerungspolitik  
im ersten württemberg-badischen Untersuchungsausschuß der Nachkriegszeit  
Stuttgart 2001
- 9 Jutta Limbach  
Vorrang der Verfassung oder Souveränität des Parlaments?  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2000  
Stuttgart 2001
- 10 Hildegard Hamm-Brücher  
»Demokratie ist keine Glücksversicherung ...«  
Über die Anfänge unserer Demokratie nach 1945 und ihre Perspektiven  
für Gegenwart und Zukunft  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2001  
Stuttgart 2002
- 11 Richard Schröder  
»Deutschlands Geschichte muss uns nicht um den Schlaf bringen.«  
Plädoyer für eine demokratische deutsche Erinnerungskultur  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2002  
Stuttgart 2003
- 12 Andreas Rödder  
Wertewandel und Postmoderne  
Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990  
Stuttgart 2004
- 13 Jürgen Osterhammel  
Liberalismus als kulturelle Revolution  
Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2003  
Stuttgart 2004
- 14 Frieder Günther  
Mislungene Aussöhnung?  
Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958  
Stuttgart 2004

- 15 Thomas Hertfelder  
In Presidents we trust  
Die amerikanischen Präsidenten in der Erinnerungspolitik der USA  
Stuttgart 2005
- 16 Dieter Langewiesche  
Liberalismus und Demokratie im Staatsdenken von Theodor Heuss  
Stuttgart 2005
- 17 Peter Graf Kielmansegg  
Die Instanz des letzten Wortes  
Verfassungsgerichtsbarkeit und Gewaltenteilung in der Demokratie  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2004  
Stuttgart 2005
- 18 Gesine Schwan  
Vertrauen und Politik  
Politische Theorie im Zeitalter der Globalisierung  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2005  
Stuttgart 2006
- 19 Ralf Dahrendorf  
Anfechtungen liberaler Demokratien  
Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung Bundespräsident-  
Theodor-Heuss-Haus  
Stuttgart 2007
- 20 Angela Hermann  
»In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht.«  
Über den Charakter und Erkenntniswert der Goebbels-Tagebücher  
Stuttgart 2008
- 21 Salomon Korn  
Was ist deutsch-jüdische »Normalität«?  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2007  
Stuttgart 2008
- 22 Giovanni di Lorenzo  
Auch unsere Generation hat Werte. Aber welche?  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2008  
Stuttgart 2009

- 23 Matthias Weipert  
»Verantwortung für das Allgemeine«?  
Bundespräsident Theodor Heuss und die FDP  
Stuttgart 2009
- 24 Dieter Grimm  
Die Würde des Menschen ist unantastbar  
Vortrag auf dem Festakt der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus  
zum 60jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 8. Mai 2009  
Stuttgart 2010
- 25 Paul Kirchhof  
Der freie oder der gelenkte Bürger  
Die Gefährdung der Freiheit durch Geld, Informationspolitik und durch  
die Organisationsgewalt des Staats  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2009  
Stuttgart 2010
- 26 Michael Stolleis  
Freiheit und Unfreiheit durch Recht  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2010  
Stuttgart 2011
- 27 Robert Leicht  
... allein mir fehlt der Glaube  
Wie hält es die liberale Gesellschaft mit der Religion?  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2011  
Stuttgart 2012
- 28 Anselm Doering-Manteuffel  
Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie  
Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart  
Stuttgart 2013
- 29 Thomas Hertfelder  
Von Naumann zu Heuss  
Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland  
Stuttgart 2013

- 30 Joachim Gauck  
Mehr Bürgergesellschaft wagen  
Über repräsentative Demokratie, Bürgersinn und die Notwendigkeit  
des Erinnerns  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2013  
Stuttgart 2014
- 31 Jutta Allmendinger / Ellen von den Driesch  
Mythen – Fakten – Ansatzpunkte  
Dimensionen sozialer Ungleichheit in Europa  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2014  
Stuttgart 2015

---

## Impressum

---

Biografische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

**Herausgegeben**  
**von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus**  
Im Himmelsberg 16  
70192 Stuttgart

[www.stiftung-heuss-haus.de](http://www.stiftung-heuss-haus.de)

---

**Redaktion:** Dr. Gudrun Kruip

---

**Satz:** Ulrike Holzwarth, Büro für Gestaltung

---

**Gestaltung:** as kommunikationsdesign, Stuttgart

---

**Druck und Bindung:** logo Print GmbH, Metzingen

---

**Umschlagfoto:** Ilse Buhs, ullstein bild

**Foto hintere Umschlagklappe:** Jutta Allmendinger / Ellen von den Driesch

---

ISBN 978-3-942302-08-1 | ISSN 1435-1242

© SBTH, August 2015

Die Stiftung wird vom Bund mit Mitteln der Staatsministerin für Kultur und Medien gefördert.



---

## Zu den Autorinnen

---

**Jutta Allmendinger** ist Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie studierte Soziologie, Sozialpsychologie und Statistik in Mannheim und an der University of Madison, Wisconsin, promovierte an der Harvard University und habilitierte sich an der FU Berlin. Von 2003 bis 2007 war sie Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg. Sie ist Mitglied zahlreicher Akademien, Gremien und Beiräte. Für ihre Forschung und ihr gesellschaftliches Engagement wurde sie u.a. mit dem Schader-Preis, dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse der Bundesrepublik Deutschland und dem Verdienstorden des Landes Berlin ausgezeichnet. Sie ist Autorin zahlreicher Bücher, darunter „Verschenkte Potenziale? Lebensverläufe nicht erwerbstätiger Frauen“ (2010) und „Schulaufgaben. Wie wir das Bildungssystem verändern müssen, um unseren Kindern gerecht zu werden“ (2012).



**Ellen von den Driesch** ist seit 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Projektgruppe der Präsidentin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Sie studierte Sozialwissenschaften und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Marburg. Nach den Bachelorabschlüssen 2010 absolvierte sie von 2010 bis 2012 den Masterstudiengang Demografie an der Universität Rostock. Während dieser Zeit arbeitete sie am Max Planck Institut für Demographische Forschung sowie an den Universitäten Rostock und Marburg. Im Anschluss an ihr Studium war sie von 2012 bis 2013 am Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung tätig.

[www.stiftung-heuss-haus.de](http://www.stiftung-heuss-haus.de)

 Folgen Sie uns auf Facebook: [www.facebook.de/heusshaus](https://www.facebook.de/heusshaus)